



# Politische Berichte

Wummer 5 / 12. Jahrgang

1. März 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Steuern und Abgaben als Lohnraub

Mit den Regierungsbeschlüssen werden die Reallöhne ab 1. Juli um 5 Prozent gekürzt!

Anhebung der Lohn- und Einkommenssteuern ab 7. Mineralölsteuern um 25 Pfg. je Liter mehr, für 1993 die Mehrwertsteuererhöhung schon angekündigt: Mit ihren Steuerbeschlüssen geht die Koalition direkt gegen den Lohnstandard los. Zusammen mit der Anhebung der Versi-

chen mit dem bisherigen Nettolohn ebenfalls eine Lohnkürzung von ca. 5 %. Die gleichzeitig verkündete Anhebung der Kilometerpauschale wird nur solchen Lohnabhängigen Entlastung bringen, die schon ziemlich große Fahrstrecken mit dem Auto zurücklegen müssen. Denn seit der letzten Steuerreform ist der Werbungskosten-Pauschbetrag, mit dem das Kilometergeld verrechnet wird, auf 2000 DM im Jahr erhöht. Das bedeutet: wer etwa 15 km täglich zurücklegt, bekommt bei 200 Arbeitstagen im Jahr: 3000 km mal 65 Pfg. Kilometergeld je km gleich 1900 DM Kilometergeld erstattet — abzüglich 2000 DM Werbungskostenpauschale also gar nichts. Die Mehrkosten — in diesem Fall 75 DM mehr für Benzin im Jahr allein für die Fahrt zum Betrieb — schlagen also voll auf den Reallohn durch.

### Protest gegen Golf-Krieg im Maghreb



Mit dem Beginn des Bodenangriffs der westlichen Truppenstreitkräfte gegen den Irak verstärkten sich auch in allen Maghreb-Staaten die Demonstrationen gegen diesen Krieg und für die Unterstützung des Irak. In Algier demonstrierten am 24.2. mehrere 10000 Leute, vor allem von den islamischen Fundamentalisten. Über 50 Freiwillige brachen in den Irak auf, um die irakischen Truppen zu unterstützen. Bild: Marokko. Präsident Bendjedi bezeichnete den Angriff als „unsittliche Attacke“. — (uid)

cherungsbeiträge bedeuten diese Beschlüsse für eine alleinstehende Verkäuferin mit 2400 DM brutto eine Nettolohnkürzung um 70 bis 80 DM im Monat. Lohnabschlüsse von 6-7 % würden bei der gegenwärtigen Teuerungsrate so den Nettolohn vermutlich gerade noch verteidigen.

Erst bei deutlich größeren täglichen Fahrtstrecken mindert die Kilometerpauschale die Mehrbelastung. Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel werden die Freibetragsgrenze von 2000 DM ohnehin kaum erreichen, so daß bei ihnen unter dem Strich nur die Preiserhöhungen im Nahverkehr bleiben.

Bei den hohen Gehältern — zu versteuernde Einkommen von jährlich 60000 DM und mehr für Alleinstehende bzw. 120000 DM und mehr für Verheiratete — wirken die Beschlüsse der Koalition dagegen deutlich degressiv — unter anderem deshalb, weil die Anhebung der Versicherungsbeiträge bei Einkommen über der Versicherungshöchstgrenze (4875 DM bei der Krankenversicherung, 6500 DM bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung) in diesen Gehaltszonen deutlich geringer ausfällt. Hinzukommt, daß für solche Einkommenszonen im nächsten Jahr ein beträchtlicher Steuerabzug für Kinderbetreuung angekündigt ist, Fahrtkosten zum erheblichen Teil von der Firma getragen werden usw. usf. Für die Kapitalisten schließlich und die ganz Reichen bleibt die Aufhebung der Vermögens- und der Gewerbe Kapitalsteuer als erster Einstieg in die angekündigte „Unternehmenssteuerreform“.

Die soziale Differenzierung der Löhne und Einkommen soll also weiter zunehmen, während der enorme Druck auf die Lohnabhängigen insbesondere in der Ex-DDR diese zur Annahme von schlechtest bezahlten und schwersten Arbeiten, oft verbunden mit extrem langen Anfahrtswegen, zwingt. Die seit 1980 verfolgte Strategie der Anhebung der indirekten Steuern — also der Steuern, die vor allem Leute mit geringen Einkommen treffen, Rentner, Arbeitslose u.a. — bei gleichzeitiger Senkung der direkten Steuern, vor allem in den höheren Einkommensbereichen, wird nur vorübergehend verlassen. Bereits im nächsten Jahr soll an die Stelle der Lohn- und Einkommenssteueranhebung eine Anhebung der Mehrwertsteuer treten.

Für die Gewerkschaften steht damit für die Tarifauseinandersetzung fest: Lohnanhebungen von 6-7 % brutto würden bei den jetzt gefaßten Regierungsbeschlüssen und der gegenwärtigen Teuerungsrate den Nettolohnstandard höchstens beibehalten — von der dringend notwendigen Anhebung der unteren Löhne bliebe keine Spur. — (rül)



Abgeordnete der CDU/CSU erwägen eine Klage vor dem Verfassungsgericht für den Fall, daß der von der FDP angekündigte Gesetzentwurf zur Strafverfolgung bei Abtreibungen Gesetz werde. Das hat der Thüringer CDU-Abgeordnete Nolte angekündigt. Die FDP gibt an, eine Fristenregelung anzustreben, und will diese auch gegen Unionsabgeordnete im Bundestag verabschieden lassen. — (rül; Bild: af/mz)

## Schäubles Angebot bringt Verlust

Großdeutscher „Pakt der Vernunft“ schwächt ÖTV

Auf 4,1 % mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung will Bundesinnenminister Schäuble die Einkommenserhöhung 1991 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den westlichen Bundesländern begrenzen. Sein „zusätzliches Angebot“ von Strukturverbesserungen für Arbeiterinnen und Arbeiter, Pflegepersonal, technische Angestellte und Angestellte der Versorgungsbetriebe ist an Dreistigkeit kaum zu übertreffen. Diese Verbesserungen wurden bereits 1990 bzw. im Januar 1991 vereinbart! Jetzt will Schäuble sie nicht nur auf die gewerkschaftliche Forderung anrechnen, sondern sie auch erst zum 1.4. in Kraft treten lassen. Für gar nicht so wenige würde dies Einkommensverluste von mehreren hundert Mark im 1. Quartal 1991 bedeuten.

Schäuble macht sich damit die katastrophale Tarifpolitik des ÖTV-Tarifsekretariats zunutze, das die Strukturverbesserungen zwar vereinbart, den Zeitpunkt des Inkrafttretens aber nicht tarifiert hat.

Unmißverständlich griff Schäuble auch das Angebot der ÖTV-Vorsitzenden Dr. Wulf-Mathies von einem „Pakt der sozialen Verantwortung“ auf, das diese im Zusammenhang mit der Einverleibung der ehemaligen DDR auf dem a.o. ÖTV-Gewerkschaftstag unterbreitet hatte. Die Sozialminister aus Sachsen und Thüringen fordern bereits, daß nur ein Einfrieren der Löhne in Westdeutschland auf lange Sicht ein ausgeglichenes Lohnverhältnis in ganz Deutschland gewährleisten könnte (1). Schäub-

les penetranter Hinweis auf die parallel laufenden Tarifverhandlungen im Anschlußgebiet zielt in diese Richtung. Die Zusage von Dr. Wulf-Mathies, die in der ÖTV organisierten Beamten würden sich aus dieser Solidarität (sie meint, einen Arbeitsmarktbetrag zu zahlen) nicht ausklinken (2), muß in diesem Zusammenhang verheerende Folgen haben.

Gewerkschaftliche Solidarität ist etwas anderes! Je besser es der Tarifbewegung im Westen gelingt, sich durchzusetzen, umso besser sind auch die Erfolgsaussichten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Anschlußgebietes und umgekehrt. Dem entspricht die Position der Gewerkschaft der Polizei (GdP), noch in diesem Frühjahr Einkommenserhöhungen auf Zweidrittel-Niveau der vergleichbaren Westgehälter durchzusetzen und dafür die Tarifverhandlungsrechte zu nutzen, solange es in den ostdeutschen Ländern noch kein Beamtenrecht gibt. Dem entspricht auch der Beschuß des a.o. ÖTV-Gewerkschaftstages, die Voraussetzungen für den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung der Tarifforderungen sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern unverzüglich zu schaffen. Demgegenüber weiß aber die Presse zu berichten, daß Dr. Wulf-Mathies in einem Gespräch mit Journalisten 7 Prozent als „verhandlungsfähiges Angebot“ bezeichnete (3).

(1) Die Welt v. 15.2.1991, (2) Handelsblatt v. 15./16.2.1991, (3) Neue Osnabrücker Zeitung v. 19.2.1991 — (kar)

Postvertriebsstück G 7756 D

Gebühr bezahlt

### ČSFR ein nächstes Opfer? Revanchisten erheben Anspruch

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, erklärte zum Abschluß der Bundesversammlung laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 25.2., seine Organisation beharrte „nach wie vor darauf, daß die Vertreibung nach 1945 und die Konfiszierung des Eigentums ehemaliger Deutscher in der Tschechoslowakei völkerrechtswidrig sind und aufgehoben werden müssen. Den Sudetendeutschen solle ein Rückkehrrecht eingeräumt werden.“ Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der BRD und der ČSFR dürfe nichts an den Sudetendeutschen vorbei entschieden werden. — (alk)

### Niedrigere Agrarpreise und Landschaftspflegerämien

Die baden-württembergische Landesregierung hat ein neues Agrarkonzept vorgelegt und wirbt jetzt dafür bei der Bundesregierung und der EG. Mit einem Kulturlandschaftsausgleich sollen „besondere landschaftspflegerische und ökologische Leistungen der Bauern belohnt werden“. Derjenige Landwirt, der z. B. Grünland extensiv nutzt (nur zwei

Nutzungen jährlich), bekommt sieben Punkte pro Hektar, pro Punkt erhält er am Jahresende zehn Mark. Das Ministerium rechnet mit Ausgaben von 74 Millionen Mark jährlich; das wären nicht einmal 700 Mark pro Betrieb. Der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Weiser verknüpft das Konzept ausdrücklich mit dem Ziel einer „Marktentlastung“: Die Bauern müßten dieses Jahr mit Einkommenseinbußen von 20-25 % rechnen. — (alk)

### EKD-„Anschluß“: Kritik der DDR-Kirchen an Staatskirche

Am 23./24.2. haben sich die EKD (West) und der Bund Evangelischer Kirchen aus der früheren DDR zu einem Verband zusammengeschlossen. Aus Kreisen der DDR-Kirchen war bis zuletzt Kritik an diesem „Anschluß“ laut geworden. Drei Kritikpunkte wurden von Vertretern des Kirchenbunds bis zuletzt vertreten: Erstens wandte man sich gegen die Übernahme der BRD-Militärselbstversorgung. Die damit verbundene funktionsrechtliche Unterordnung der Pfarrer unter die BRD-Militärrhierarchie — 1969 ein wichtiger Grund der Spaltung der EKD — wurde weiter abgelehnt — mit Erfolg: Die Übernahme der BRD-

Regelung ist drei Jahre lang zurückgestellt. Auch die Kritik am staatlichen Religionsunterricht und an der staatlichen Kirchensteuerziehung wurde von Vertretern des Kirchenbunds aufrecht erhalten, bekam aber keine Mehrheit. — (rül)

### WEU-„Schnelle Eingreiftruppe“ mit BRD-Beteiligung angestrebt

Der Generalsekretär der WEU hat eine Unterstellung der WEU unter den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs propagiert. Der frühere niedersächsische Verteidigungsminister und jetzige WEU-Generalsekretär von Eeckelen brachte diesen Vorschlag in einem Gespräch mit EG-Kommissionspräsident Delors vor. Der Vorstoß des Generalsekretärs dürfte mit den großen WEU-Mächten — BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien — abgestimmt sein. CDU-Generalsekretär Rühe schlug noch am gleichen Tag vor, die WEU solle eine „Schnelle Eingreiftruppe“ bilden, der auch BRD-Verbündete angehören sollten. Erst vor wenigen Tagen hatten Außenminister Genscher und der französische Außenminister eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit der EG gefordert. — (rül)

### Bundesweite Schülerkonferenz gegen den Krieg am 2./3. März

Das SchülerInnen-Aktionskomitee gegen den Golfkrieg und der Antifa-AK der SchülerInnenkammer Hamburg laden nach Hamburg zu der Konferenz ein. Der Aufruf, der erfreulich antimperialistisch argumentiert und von der SchülerInnenkammer unterstützt wird, wurde von der Hamburger Schulbehörde censiert, d.h. nicht über die Behörde verschickt. Deswegen und wegen der kurzen Vorlaufzeit von rund zwei Wochen wird mit einer eher geringen Teilnehmerzahl und eher regionalen Charakter gerechnet. Trotzdem ist die Konferenz sehr wichtig, weil sie in AG's neben Themen wie Kurdistan, Rolle der BRD, Medien, Aktionen vor Ort usw. auch Perspektiven weiteren Schülerprotests gegen den Krieg, u.a. für geplante bundesweite Schüleraktionstage, erarbeiten soll. Evtl. kann sie damit auch Entscheidungen der Sitzung der Bundeschülervertretung am nächsten Wochenende inhaltlich vorbereiten. Die Konferenz beginnt am Samstag um 9 Uhr in der Jahn-Schule, Lehmgang 14, Hamburg 13. Kontakt: über SchülerInnenkammer Hamburg, Telefonnummer: (040) 2984-2634. — (uga)

**Aktuell in Bonn****Bundeswehr-Einsatz im Ausland**

Der Deutsche Bundeswehrverband hat sich gegen einen kriegerischen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ausgesprochen, auch wenn diese, wie jetzt der Krieg am Golf, durch UN-Beschlüsse eingeleitet seien. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Grodski: „Wir wollen nicht an Kampfhandlungen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes teilnehmen ... Wir sehen uns nach den geschichtlichen Erfahrungen nicht als Weltpolizisten.“ Der Verband sei aber bereit, an Friedenseinsätzen der UN-Blauhelme teilzunehmen. Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine hat sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen z. B. einer „Schnellen Eingreiftruppe der UNO“ ausgesprochen. Für eine solche Verfassungsänderung werde es in der SPD keine Mehrheit geben.

**Öko-Rambo Töpfer**

Für ein sogenanntes Aktionsprogramm „ökologischer Aufbau Ost“ sieht Umweltminister Töpfer (CDU) 17 Milliarden Mark Förder- und Kreditmittel vor. Neben einer Kohlendioxydabgabe soll auch eine Abfallabgabe erhoben werden. Ende März soll hierzu eine Gesetzesinitiative vorliegen. War früher nur von einer Sondermüllabgabe zu Lasten der Industrie die Rede, sollen auch die privaten Haushalte für den Hausmüll zur Kasse gebeten werden. Beim Thema der brennenden Ölfelder dient Töpfers „Ökologie“ dem Willen, im EG-Rahmen als Weltpolizist mitzumischen: „Wir müssen schnellstens eine Öko-Eingreiftruppe bilden, ... eine Art Umwelt-GSG 9. (Ich habe) mich mit einer entsprechenden Bitte an die EG gewandt. Denn an dieser Eingreiftruppe müssen sich alle Staaten beteiligen“, sagte Töpfer der „Bild“-Zeitung.

**Rüstungskontrolle**

Die SPD-regierten Bundesländer NRW, Schleswig-Holstein und Saarland haben am 17.2. im Bundesrat eine Initiative zum Rüstungsexport eingereicht. Demnach soll im Grundgesetz ein Verbot atomarer, chemischer und biologischer Waffen verankert, die Exportkontrollpraxis verschärft und die Kontrolle dem Wirtschaftsministerium entzogen werden. Betriebliche Informanten über illegale Rüstungsgeschäfte sollen arbeitsrechtlich wirksameren Schutz erhalten, die Umstellung auf zivile Produktion staatlich gefördert werden. Am 22.2. kündigte Wirtschaftsminister Möllermann eine „Verschärfung“ des bisherigen Gesetzentwurfs der Koalition an. Die angekündigten Änderungen beziehen sich auf das Strafmaß bei illegalen Waffengeschäften und erweiterte Kompetenzen des Zollkriminalamtes.

**Verfassungspläne des Bundesrats**

Der Bundesrat will auf seiner Sitzung am 1. März eine Kommission einsetzen,

die die Vorstellungen des Bundesrats für Verfassungsänderungen formulieren soll. Der Kommission sollen die Regierungschefs und je ein weiterer Vertreter jedes Landes angehören, Beschlüsse, bei denen jedes Land eine Stimme haben soll, sollen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. Die Arbeitsgruppe solle sich für eine Stärkung des Föderalismus einsetzen, heißt es.

**Wiedergutmachung!**

Bundesjustizminister Klaus Kinkel erklärte am 21.2. im Bundestag, daß die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone 1945-49 vorgenommenen Enteignungen leider nicht zurückgenommen werden könnten, daß jedoch Entschädigungszahlungen zu leisten seien. Eine Kette von „Unrecht“ habe nämlich schon zwischen 1945 und 1949 vorgelegen: „Allein in der Zeit von 1945 bis 1949 seien zahllose Landeigentümer um 3,3 Mio. ha land- und forstwirtschaftlichen Besitz und rund 7000 Unternehmer und Mittelständler um ihr Eigentum gebracht worden, und das nur, weil sie einer Gesellschaftsschicht angehörten, der die kommunistische Ideologie die Existenzberechtigung abgesprochen hat.“

**Schulzeit kürzer?**

Die Kultusminister der Länder haben sich auf ihrer 2. „gesamtdeutschen“ Konferenz am 22.2. in Stuttgart-Hohenheim noch nicht auf die von reaktionärer Seite geforderte Verkürzung der Schulzeit geeinigt. Eine Amtschef-Kommission soll nun Vorschläge ausarbeiten, nach der Sommerpause soll dann eine Entscheidung gefällt werden.

**Mieten schnell rau**

Das Bundesbauministerium hat am 20.2. die Fertigstellung von Entwürfen für eine Verordnung zur Anhebung der Grundmieten und für eine Änderung des Wohngeldgesetzes für die ex-DDR mitgeteilt. Nach bisherigen Koalitionsvereinbarungen sollte die Umlage der Betriebskosten auf die Mieter ab 1.4., die Anhebung der Mieten zum 1.10.1991 erfolgen. Nun soll ein einheitlicher Termin für alle einschlägigen Änderungen im Sommer (evtl. August) gefunden werden. Die frühere Anhebung der Grundmieten soll „wohnungswirtschaftliche Investitionen rascher in Gang“ bringen.

**Was kommt demnächst?**

Am 1. März findet die nächste Tagung des Bundesrats statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Einsetzung einer Kommission, die die Ländervorschläge zur Verfassungsreform ausarbeiten soll. Bis zum 8. März will die Koalition ihre Steuererhöhungspläne endgültig beschlossen haben. Nächste Bundesratssitzung, auf der diese Pläne dann von den Ländern gebilligt werden müßten, ist am 22. März.

**6000 Beschäftigte gingen in Leipzig auf die Straße**

Bei der Treuhand geht in den neuen Bundesländern jetzt scheinbar planieren vor sanieren

Trotz klimmender Kälte marschierten Mitte Februar die Beschäftigten der beiden Leipziger Betriebe VTA und Kirow in die Innenstadt, um ihren Protest gegen die permanente

Konzeptionslosigkeit des Vorstandes der TAKRAF-AG, ehemals Kombinat TAKRAF (Tagebauausrüstungen, Krane und Förderanlagen), Nachdruck zu verleihen.

„Wir wehren uns entschieden gegen einen radikalen Arbeitsplatzabbau in der TAKRAF-AG ohne vorherige Konzepte und Sozialpläne.“ Gerade das Beispiel der TAKRAF-AG zeigt, wie die Wirtschaft der Ex-DDR systematisch zerstört wird. Die Erzeugnisse dieses Kombinates, zum Beispiel Eisenbahndrehkrane, waren bisher weltmarktfähig. Das Strickmuster ist überall das gleiche. Ist das Erzeugnis in Ordnung, muß die in der bisherigen Mangelwirtschaft begründete Produktionstiefe herhalten. Das heißt der Umstand, daß ein Kombinat bisher vom Rohmaterial bis zum Endprodukt alles allein gemacht hat, um nicht von störfälligen Zulieferungen abhängig zu sein, wird genutzt, um mit der Begründung der notwendigen Wirtschaftlichkeit einen Teil der Betriebe oder Betriebsteile aus dem Verbund herauszutrennen. Diese sind dann allein nicht lebensfähig, die Konkurrenzmasse wird zu entsprechend günstigen Bedingungen verkauft. Diese Zukunft droht auch einem Teil der TAKRAF-Betriebe. Von bisher 30000 Beschäftigten sollen

nur noch 7000 Beschäftigte ihre Arbeit behalten. Die zweite Möglichkeit besteht darin, durch schnell wechselnde Konzepte (oder überhaupt keine) die Marktfähigkeit der Produkte zu hemmen, so bei VTA, dessen Gabelstapler mal zur Messe sollten, eine Woche später wieder nicht usw. Oder man denkt sehr lange und intensiv darüber nach, ob, so bei TAKRAF, die gefragten Krane in Leipzig, oder lieber in Eberswalde oder in Köthen gebaut werden. Wenn man lange genug gedacht hat, ist keiner der Betriebe mehr in der Lage, überhaupt noch zu produzieren.

Wenn dies alles nicht hilft, gibt es ja immer noch die unklaren Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden, mit denen man potentielle Käufer abschrecken kann. Die Zeit arbeitet allenfalls für die Treuhand.

Auf der Leipziger Demo der TAKRAF-Beschäftigten hieß es auch, daß die Treuhand bisher 2,5 Milliarden DM kassiert hat. Keiner kann sagen, wo bisher nur 1 DM von diesem Geld für die Sanierung der ostdeutschen Betriebe aufgewendet wurde. — (sta)

**Lohnbewegung in der Metallindustrie****Widerstand gegen Flexibilisierung und Differenzierung formiert sich**

Die Entwicklung der Forderungslage der IG Metall und anderer Gewerkschaften ist aufschlußreich und ermutigend. Die Tarifkommissionen der IG Metall haben mit der 10%-Forderung die Lohnfrage in den Mittelpunkt gerückt. Erstmals haben alle Tarifkommissionen die Forderung mit einem Mindestbetrag, zumeist 270/280 DM, versehen. Der Vorstand, der zunächst erklärte, keine zusätzliche „Belastung“ der Tarifverhandlung mit Sockel- oder Mindestforderungen wollte, hat die Forderungen der Tarifkommissionen beschlossen. Die Textilgewerkschaft, die traditionell an einer Niedriglohnfront kämpft, hat mit 10%, mindestens 240 DM, nachgezogen. Trotz früherer Niederlagen bei Mindestforderungen — zu mehr als Einmalzahlungen ohne dauerhafte Wirkung auf die Lohnstruktur hat es nie gereicht — rücken die Tarifkommissionen den Mindestbetrag fast durchweg in den Mittelpunkt und setzen ihn so hoch an, daß mehr Beschäftigte als früher davon erfaßt sind.

Mit den Mindestforderungen wird ein Herzstück der Ideologie und praktischen Politik der Unternehmen und ihrer Verbände angegriffen: daß wer gut verdient, eben mehr leiste und deswegen bei Lohn- und Gehaltserhöhungen besser zu stellen sei als der Teil der Belegschaften, der schlecht verdient, angeblich wenig leiste und deshalb durch niedrige Abschlüsse zu mehr Leistung anzuhalten sei. Die Einschätzung des Stuttgarter Bezirksleiters Riester dürfte stimmen, daß Mindestforderungen nicht am Verhandlungstisch, sondern nur mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen sind.

Woher röhrt die breite und entschiedene Meinung, zum Beispiel in der NRW-Tarifkommission: „Ohne Mindestbetrag keinen Tarifabschluß“? (1) Offenbar verstärkt sich eine Tendenz, die schon im letzten Jahr zu spüren war, als die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erstmals mit Forderungen gegen die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse gekoppelt war: Eine Gegenbewegung gegen Flexibilisierung und Differenzierung formiert sich. Inzwischen kennen viele aus eigener Anschauung, aus der Familie oder aus dem Bekanntenkreis flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, Arbeit zu ungünstigen Zeiten, in Teilzeit, befristet, in Leiharbeit usw. Die Herausgabe von Arbeitskraft ist groß und häufig ruinös, trotzdem und gerade deshalb reichen die Einkommen für die Lebenshaltung nicht aus. Die Zahl der Verlierer in der sozialen Differenzierung entpuppt sich als größer, als früher vielfach erwartet worden war.

Vor zehn Jahren wurde „neue Armut“ registriert und mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, mit Dauerarbeitslosigkeit, Krankheit usw. in Verbindung gebracht. Inzwischen erweist sich, wie auch die IG Metall berichtet hat, daß Armut weit in den Kreis der Menschen in Beschäftigungsverhältnissen hineinreicht. (2) Das betrifft vor allem die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, aber nicht nur sie. Besonders in den großen Städten reicht vielfach auch der Facharbeiterlohn nicht mehr aus, die Lebenshaltung zu decken. Die hohe Mindestforderung, die weit in den Facharbeiterbereich hinein wirkt, ist offensichtlich eine Antwort darauf.

Die Bundesregierung verschärft die Entwicklung noch. In den ersten Monaten nach der Annexion der DDR hat sie kaum verhüllt die Bereicherung im Westen auf Kosten des Ostens angestellt und vielen dabei Begünstigung in Aussicht gestellt. Das ist jetzt vorbei. Sie erhöht Massensteuern, möglicherweise mehrere und in großem Ausmaß. Zu den höheren Steuern kommt die Rezession, die sie auslösen. Die Regierung sorgt dafür, daß nur die großen Profiteure der Annexion unter dem Strich glänzen herauskommen, während viele Menschen auch im Westen für die Exportpolitik bezahlen müssen.

Kann sich die Lohnbewegung behaupten angesichts konjunktureller Abschwächungstendenzen, angesichts der krassen West-Ost-Spaltung von Konjunktur und Arbeitsmarkt innerhalb der BRD, angesichts der verstärkten Großmacht- und Kriegspolitik des bürgerlichen Lagers, das mit dem Unterdrückung von Arbeitskampfmaßnahmen liebäugeln wird? Ein Streik für eine hohe Lohnforderung und für hohe Mindestbezüge ist dennoch möglich. Die betriebliche Unterstützung dafür ist stark, und die aktuellen betrieblichen Bestrebungen für Lohnverbesserungen können in einer Tarifbewegung zusammenfließen. Zugleich sind die Kapazitäten der Unternehmen über weite Strecken extrem ausgelastet. Die Konzerne der BRD versuchen, die stärkeren Rezessionserscheinungen in anderen Ländern für eigene Markterweiterungen auszunutzen. Sie sind gegen Arbeitskampfmaßnahmen deshalb nach wie vor empfindlich.

Auch die großen Probleme in den östlichen Bundesländern müssen die Tarifbewegung West nicht unmöglich machen. Die gewerkschaftlichen Forderungen im Osten werden in diesen und in den nächsten Jahren vielfach an die Westtarife gekoppelt sein (1991 in der Metallindustrie: 65% der Westlohnrate). Eine erfolgreiche Lohnbewegung West erleichtert die Anhebung der unteren Lohnmarke im Osten.

Und die Lage in der IG Metall selber? Der Vorstand hatte die Tarifbewegung 1991 wohl nur als einen Zwischenstand vorgesehen nach der abgeschlossenen Kampagne für die 35-Stunden-Woche und vor einer für die kommenden Jahre geplanten Kampagne für einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte. Monatlang hat er in der gewerkschaftlichen Diskussion Forderungen nach Festgeld-, Sockel- und Mindestbeträgen mit dem Hinweis auf einen künftigen Entgeltvertrag vertröstet. Die Tarifkommissionen sind ihm nicht gefolgt, sondern bestehen auf der Veränderung der Lohnstrukturen jetzt. Die Arbeiterbewegung hat eine Chance sich wieder Gehör zu verschaffen.

Quellen: (1) metall Nachrichten NRW Nr. 1. (2) metall Nr. 19/90 — (rok)



300 DM Pauschalzahlung ab 1. Oktober war der Abschluß der Tarifbewegung 1990 in der Metallindustrie der damaligen DDR (Bild). Der Präsident des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Stumpf, befand: „Der erste freie Tarifabschluß der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie kann auf keinen Fall Vorbild für die nachfolgenden sein“. Hohe Mindestforderungen im Westen können mithelfen, daß er sich irrt.

**Saisonarbeit von Nicht-EG-Bürgern****Kurzzeitbeschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe**

Ab Januar 1991 können im Hotel- und Gaststättengewerbe Arbeitsverträge über drei Monate mit ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EG-Staaten abgeschlossen werden.

Diese Saisonarbeitsverträge waren bisher nur in der Landwirtschaft erlaubt. Z.B. wurden in 1990 in Baden-Württemberg zur Spargel-, Erdbeer- und Obsternte sowie zur Weinlese rund 50000 Saisonarbeitsverträge genehmigt. Hauptsächlich wurden Leute aus Polen und aus Jugoslawien als Saisonarbeitskräfte angeheuert. Die übliche Entlohnung bei der Weinlese: 40 bis 50 Mark am Tag und warmes Essen. Asylbewerber, die illegal als Saisonkräfte beschäftigt werden, bekommen in Rastatt bei der Erdbeernte vier Mark in der Stunde, die Hin- und Rückfahrt mit dem Bus des Bauern kostet sie vier Mark.

Von Seiten der Bundesregierung finden z. Zt. Verhandlungen mit der polnischen Regierung über ein Kontingent von Saisonarbeitern für die Landwirtschaft und das Hotel- und Gaststättengewerbe statt. Im Gespräch sind 70000 polnische Saisonarbeiter. Weiter soll ohne feste Kontingente die Arbeit von polnischen Studenten in den Semesterferien freigegeben werden. Weitere Verhandlungen finden mit Ungarn, Jugoslawien und der CSFR statt. Die Arbeitsämter werden die Vermittlung der Arbeitskräfte übernehmen.

Mit der Regelung von Saisonarbeitsverträgen für Nicht-EG-Bürger werden die bestehenden Tarifverträge im Hotel- und Gaststättengewerbe erstmals per Rechtsverordnung ausgehebelt. Die Tarifverträge sind für Hotels und Gaststätten allgemeinverbindlich. Sie erstrecken sich u.a. auch über Arbeitszeiten und deren Ausgleichszeiträume. Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist bekanntlich ein hoher Arbeitsanfall am Abend, in der Nacht sowie an den Wochenenden. Auch ist die Arbeitszeit tagsüber oft geteilt, d.h. Arbeit bis mittags, dann erst weiter am späten Nachmittag bis in die Nacht hinein. Dafür müssen bestimmte Zuschläge gezahlt, bestimmte Ausgleichszeiten zur Erholung gewährt werden. Es gelten auch tarifliche Kündigungsfristen usw., von den Tarifblöcken und -gehältern ganz zu schweigen. Der ganze Rechtsschutz, den diese Tarifverträge geben, ist durch den Saisonarbeiterstatus hinfällig, für diese nicht durchsetzbar.

Quellenhinweis: IHK Nachrichten Nordbaden II/90; Allg. Hotel- und Gaststätten-Zeitung 26.1. und 23.2.91 — (rub)

# Ein Platz auf den Schlachtfeldern weltweit?

Kampf um Verfassungsänderung / Die neue Großmacht will Deutsche an jeder Front / In Kurdistan sind sie schon

Die Informationsnetzwerke der westlichen Welt werden vom Kriegsziel regiert. Gezielte Lügen, Falschmeldungen, Informationsunterdrückung und einseitige Auswahl bestimmen das Bild.

In einem Interview, in der Zeit vom 22.2.91 veröffentlicht, antwortet der türkische Präsident Özal auf die Frage: „Sie werden also unter keinen Umständen in einen Landkrieg eintreten?“ „Es gibt gewisse Umstände. Einer wäre ein Angriff seitens des Irak. Zweite Möglichkeit: wenn jemand versucht, einen Kurdenstaat zu bilden. Dann werden wir intervenieren.“

Daß der Irak Verteidigungsmaßnahmen gegen die Türkei ergreift, von deren Gebiet US-Flugzeuge Angriffe fliegen, ist nach Beginn des Bodenkrieges noch unwahrscheinlicher als vorher. Einen realen Hintergrund hat die Kriegsdrohung Özals allerdings, soweit sie sich auf die Bildung eines Kurdenstaates bezieht. Die Imperialisten haben — die treuherzigen Erörterungen von Politikern und Experten aller Art in den ersten Tagen des Bodenkrieges machten es deutlich — weitreichende Pläne für die Besetzung und Zerstörung des Iraks nach dem von ihnen erwarteten Endspiel. In diesen Plänen spielt auch die Abtrennung des kurdischen Teils des irakischen Territoriums eine Rolle. Aber sie können sich ihres Einflusses auf die kurdischen Organisationen im Irak keineswegs sicher sein und müssen befürchten, daß sich die kurdische Befreiungsbewegung im Irak mit der im türkisch besetzten Teil verbindet und die imperialistische Kontrolle über die Region des Mittleren Ostens nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die türkische Kriegsdrohung ist die Kehrseite der Lockungen und Versprechungen, mit denen die Imperialisten kurdische Politiker aus dem Irak an sich zu binden versuchen.

Ungeachtet aller Forderungen zum Rückzug und ungeachtet der Tatsache, daß jede Äußerung des türkischen Präsidenten den aggressiven Zweck der Stationierung und den Rechtsbruch der

Bundesregierung offenkundiger machen, zieht diese die in den türkisch besetzten Teil Kurdistans verlegten Bundeswehrreinheiten nicht zurück. In Verfolgung einer traditionellen Expansionsrichtung des deutschen Imperialismus will sie bei der angestrebten Neuauflistung der Region ein gewichtiges Wort mitsprechen. Deshalb hat sie die Bundeswehr nach Kurdistan verlegt, und deshalb soll die Bundeswehr in Kurdistan bleiben.

Derweil ist die Bundesregierung mit einer fast schon beispiellosen Dreistigkeit bemüht, ihre illegalen Handlungen zu legalisieren: Die den Einsatz der Bundeswehr beschränkenden Verfassungsbestimmungen sollen kurfristig geändert werden. Dabei scheinen sich die Koalitionsparteien inzwischen auf die Linie vereinheitlicht zu haben: Bundeswehr soll nicht nur für sogenannte UN-Friedensmissionen bereitgestellt werden, sondern auch in Kampfeinsätzen unter UN-Kommando sowie — so gibt das *Handelsblatt* (25.2.91) ein Gespräch mit Bundesjustizminister Kinkel wieder — „zur Durchsetzung von UN-Resolutionen wie derzeit im Golfkrieg“ zum Zuge kommen.

Allgemein also will die deutsche Monopolbourgeoisie die verfassungsrechtliche Grundlage für den weltweiten Einsatz ihrer Gewalt schaffen. Unmittelbar und ganz konkret will sie den Einsatz der Bundeswehr zur Kontrolle über jenen Teil des Mittleren Ostens durchsetzen, der für die weitere Entwicklung der ganzen Region von überragender Bedeutung ist: über Kurdistan (und letztlich auch über die Türkei).

Jedoch ist die politische Reaktion mit einer Reihe von Widerständen unterschiedlichster Art konfrontiert, selbst aus dem bürgerlichen Lager; die notwendige parlamentarische Zwei-Drittel-

Dennoch treten mit der Entwicklung des Geschehens die Ziele der beteiligten Parteien immer deutlicher hervor. Die BRD ist in diesem Krieg ein Nebenschauplatz, allerdings ein Schauplatz, auf

dem wir handeln müssen. Dazu ist es dann auch nötig, den schwer faßbaren Frontverlauf in diesem Konflikt so gut es geht nachzuzeichnen. — (maf, scc)

durch befreien, daß sie auf angeblich entgegenstehende Verfassungsvorschriften verweisen: Im Völkerrecht gilt der Satz, daß kein Staat sich auf seine Verfassung berufen kann, um sich einer völkerrechtlichen Pflicht zu entledigen.“ Die Maßgabe-Klausel des Artikels 43 besagt gerade, daß der UN-Sicherheitsrat die BRD zu nichts verpflichten kann, was zu leisten ihr durch die Verfassung untersagt ist. Der Bundeswehreinsatz im UNO-Auftrag oder mit UNO-Empfehlung fällt darunter wie überhaupt jede Beteiligung an einem Angriffskrieg und also auch der militärische Einsatz gegen eine Befreiungsbewegung gleichwo.

Enthielt Kapitel VII der UNO-Charta die Klausel „nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts“ nicht, dann wären die souveränen Staaten bloße Verfügungsmaße einer Handvoll Großmächte. Es gehe um eine Grundgesetzänderung, „um auch den letzten rechtlichen Zweifel an einem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von UN-Missionen zu beseitigen“, gibt das *Handelsblatt* Justizminister Kinkel wieder. Daß dieser lapidare Satz tatsächlich bedeuten soll, daß die politische Reaktion dabei ist, eindeutige Verfassungshindernisse völlig wegzupreisen — vorerst bis auf einen „letzten Zweifel“ —, wird aus einem Kommentar des Redakteurs der *Süddeutschen Zeitung* Prantl ersichtlich. Der schlägt vor, daß das Bundesverfassungsgericht die Sache klarstellt.

Prantl, so ist zu erinnern, brachte vor fast exakt einem Jahr als erster Artikel 23 GG als den Weg zur Annexion der DDR in die öffentliche Diskussion. Er testete damals für die Bundesregierung die Wirkung der nach innen gerichteten Lüge, die Annexion der DDR durch die BRD läge in der freien Entscheidung der DDR und allein dort, und die Wirkung der gegen die DDR gerichteten Drohung, gegebenenfalls würde Teil für Teil aus der DDR herausgelöst und an die BRD geklebt. (Süddeutsch. Ztg., 7.2.90) — Wie bekannt, wurde das UN-Mitglied und Völkerrechtssubjekt DDR im folgenden unter Anwendung von Artikel 23 GG ausgelöscht.

Jetzt also veröffentlichte Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* einen Artikel, der die Überschrift trägt: „Wenn die UNO ruft: Die Deutschen an jeder Front“. Offenbar will er die Wirkung der Lüge testen, der weltweite Einsatz der Bundeswehr liege im ausschließlichen Ermessen der UNO und sei durch Völkerrecht sozusagen schon geregelt:

„Wenn die UNO es wirklich will, müssen die Deutschen an jede Front — sei dies im Mittleren Osten oder in Hindernien. Die deutsche Politik verschließt davor die Augen, weil sie einen Grundsatz zum Dogma erhoben hat. Der Grundsatz lautet: „Der Einsatz deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebiets ist unzulässig.“ Bei der Dogmatisierung dieses Satzes wurde aber eine Ausnahme übersehen: Würde der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik verlangen — sie könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.“

Die Vereinten Nationen haben das Recht, jeden Mitgliedsstaat für „kollektive Zwangsmaßnahmen“ völkerrechtlich zu verpflichten. Kapitel VII der UNO-Charta regelt die Voraussetzungen:

1. Der Sicherheitsrat stellt den Friedensbruch fest, brandmarkt also den Aggressor. 2. Er benennt die notwendige Hilfe, die er deshalb von einem Mitglied der Vereinten Nationen verlangt. Hielte der Sicherheitsrat also deutsche Soldaten für erforderlich — es wäre völkerrechtliche Pflicht, sie zu stellen. Die Deutschen haben sich durch ihre Mitgliedschaft in der UNO in die Pflicht genommen. Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes (1) hat es ihnen erlaubt, sich diese Pflicht aufzuerlegen.“

Prantl unterschlägt unter 2. die entscheidende Bedingung. Artikel 43 der UN-Charta hält nämlich ausdrücklich fest, daß die Mitgliedsstaaten den vom UN-Sicherheitsrat eingeforderten Beitrag „nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts“ leisten. Prantl lügt deshalb schlichtweg, wenn er schreibt: „Von dieser Last können sie sich nicht da-

## Zum Verlauf der Fronten im Golfkrieg

### 1. Der Golfkrieg — ein Krieg zwischen Staaten

1.1. Der irakische Staat, d. i. wesentlich Armee, Behörden und mit dem Staatswesen verschmolzene Wirtschaftsverbände, strebt mit diesem Krieg nach regionaler Hegemonie. Zur Begründung dient die Vision eines großarabischen Wirtschaftsraums, der geführt durch irakisches Staatswesen eine Entwicklungschance haben soll.

Nachdruck und Anziehungskraft dieses Konzeptes sind Folge realer Erfahrungen. Unter den Bedingungen des Weltmarktes konnten sich die arabischen Staaten auch dann nicht entwickeln, wenn sie auf große natürliche Reichtümer zurückgreifen konnten. Die Ausweitung des inneren Marktes durch Verschmelzung von Staaten und die damit konkret verbundene Möglichkeit, wieder höhere Ölpreise zu erzielen, erscheinen plausibel, auch den verarmten arabischen Massen.

1.2. Die Staaten von Kuwait, den Emiraten, Saudi-Arabien kämpfen um die Existenz. Ihre herrschende Klasse entstammt der arabischen Kultur und Geschichte, basiert aber auf dem Ausverkauf von Öl an die Industriestaaten des Nordens. Sie ist eine Klasse hochmoderner Machthaber. Die sozialen Gegensätze in diesen Ländern sind hochmoderne, Lohnarbeit gegen Konzernherren.

1.3. Staaten wie Ägypten und Syrien erleben die Entwicklungskrise fast noch schärfer, da sie durch Einnahmen aus Rohstoffausverkauf kaum gemildert werden kann. Da die Entwicklung der Volkswirtschaften des Mittleren Ostens konkret sehr unterschiedlich ist, sehen sie nicht, wie sie zu einem einheitlichen Regionalstaat verschmelzen könnten, sie sehen in diesem Zusammenhang nur Unterordnung drohen. Sehr real hat ja der irakische Staat in seinem Innern gezeigt, daß er nationale Interessenunterschiede sogar mit Giftgas — siehe Kurdistan — zugunsten eines Staatsvolkes oder einer herrschenden Klasse bearbeitet.

1.4. Für die imperialistischen Mächte, v.a. die USA, ist die Kontrolle über Ölpreis und -verbrauch grundlegend mit der Kontrolle der Weltwirtschaft verbunden. Über den Ölpreis läßt sich die Unabhängigkeit nationaler Volkswirtschaften korrumpern, können Staaten, die sich auf den Weltmarkt gestützt entwickeln wollen, erdrücken werden. Den politischen Anspruch von Rohstoffländern, sich aufgrund dieses Reichtums zu entwickeln, begreifen die Imperiali-

sten als Angriff auf ihre Existenzbedingungen. Sie kämpfen.

1.5. Der israelische Staat spielt in der Region die Rolle einer US-Garnison. Die israelische Gesellschaft hat die Laufbahn einer Apartheid-Gesellschaft eingeschlagen. In immer größerem Maßstab unterdrückt und diskriminiert sie diejenigen, auf deren fast schon halbversklavter Arbeit sie immer mehr beruht: die Palästinenser. Hinzu kommt wohl, daß die Wunder der Wüstenkultivation, von der die antiarabische Unfähigkeitsetze lebt, sich als ökologisch ziemlich problematisch, eine Abart von Raubbau, herausstellen.

1.6. Zwischen diesen kämpfenden Staaten und im Gegensatz zu ihnen stehen Völker, die Palästinenser und Kurden um nationale Befreiung kämpfen. Für sie gibt es nur die Alternative: Eigenstaatlichkeit oder Untergang. Für Versuche, sich unter dem Schutz einer regionalen Hegemonialmacht zu entwickeln, haben sie nur bluten müssen.

Im Golfkrieg führen bei allen Beteiligten die herrschenden Klassen das Ruder.

### Ein Krieg gegen den Imperialismus — aber kein Volkskrieg

Irak z. B. konnte die Angliederung Kuwaits keineswegs als Erfüllung der Ziele einer Volksbewegung ausgeben, er ist in diesen Klassenstaat und dessen Konflikte als Okkupant eingebrochen.

Die Tatsache der Okkupation hat das kriegerische Geschehen weitestgehend geprägt. Die irakische Armee war nicht in der Lage, gestützt auf die Bevölkerung zu operieren, sie befand und befindet sich als Besatzerarmee im Gegensatz auch zu jenen Teilen der Bewohner Kuwaits, die die Scheichs nicht zurückzusehen durften.

Und das wirkt auf den Zustand der irakischen Armee zurück. In den Bodenkämpfen hat diese Armee eine Chance, wenn und so weit es ihr gelingt, die imperialistischen Stoßtruppen auseinanderzuziehen, sich überrollen zu lassen, im Rücken des Gegners sich wieder zu erheben, ein tief zergliedertes Gefechtsfeld zu schaffen, auf dem auch der Druck der Luftüberlegenheit gemildert werden wäre. Das wurde auch versucht. Glücken konnte es nur dann und so weit, wie sich die Truppen als Repräsentanten sozialer Interessen und sozialer Klassen real begreifen können, die ihr Ziel aus eigenem Interesse verfolgen. Wo das nicht gegeben ist, führt diese Gefechtsweise zu Kapitulation.

Grausame Kriegsführung

Die USA haben in diesem Krieg eine grausame Kriegsführung entwickelt, die v.a. auf Einschüchterung bedacht ist und darauf, den Gegner in seiner industriellen Entwicklung zurückzuwerfen.

Was ausgegeben wird als chirurgische Kriegsführung, hat nicht mit Heilen zu tun,

Mit einem Wort: Die Realität der Herrschaft der Baath-Partei Iraks entmündigte. Hier besteht indessen ein Spannungsverhältnis zwischen den Schrecken der Baath-Herrschaft und der noch schlimmeren Aussicht, kolonialisiert zu werden.

Einen Volkskrieg konnte Irak nicht führen, weil der irakische Staat nicht fähig, mindestens nicht willens war, die sozialen und politischen Interessen der gesamten Bevölkerung zu achten. Im Krieg der Staaten ist Irak zu schlagen.

### Die imperialistischen Armeen — Kriegsvölker neuen Typs

Daß ein Land wie die USA, ohne unmittelbar bedroht zu sein, eine so große Menschenmenge in einen Kampf auf Leben und Tod hetzen kann, ist ein Novum. Mit Truppen vom Typus Kolonialpolizei und Kanonenboot hätte Irak gar nicht angegriffen werden können. Dazu waren Stoßarmeen erforderlich, die man als moderne Massenarmeen bezeichnen muß. Die Befähigung, solche Riesenhaufen loszuhetzen, ist ein Ergebnis der modernen Sozialtechnologie, mit der die Krisen des Imperialismus auf ausgewählte Bevölkerungsschichten abgeladen werden.

Im gesamten imperialistischen Welt hat man soziale Klassen etabliert, deren Angehörige eine politisch verbürgte Chance auf zivilisiertes Leben nicht haben. Aus dieser abgesonderten Menschenmenge, aus den Ghettos holt sich der US-Staat Menschen, die in ihrer ganzen Existenz von der Armee abhängen. Diese US-Soldaten leben zunehmend in einer besonders für sie geschaffenen sozialen Welt, in der sie einen zivilisierten Lebensstandard erreichen. Eine Möglichkeit, in ein gesichertes ziviles Leben zurückzutreten, haben sie nur, wenn sie sich als treu erweisen. Sie müssen in den Krieg, die Alternative ist der soziale Untergang. Sie sind verängstigt, aber auch blutdürstig: durch die Schlacht zurück in die relative Fetteleb der Garnison.

Schon ist die Absonderung so weit gediehen, daß vermehrt Generationen und Geschlechter im Kriegsdienst zusammenleben, der größere Teil der weiblichen Soldaten ist mit männlichen Soldaten verheiratet; ihre Kinder sind, sozial gesehen, Kinder der Army. Die Absichten der imperialistischen Mächte schälen sich immer deutlicher heraus. Sie wollen sich mit großen Truppenmassen festsetzen. Das schafft neue Bedingungen. Die Souveränität der Staaten der Region wird dadurch zu einer Farce. Jeder Ansatz zu sozialer und politischer Befreiung im Mittleren Osten steht dann — und das heißt wohl ab jetzt — in jedem Stadium sogleich in Konfrontation zur Militärmaschine des Imperialismus.

Die Kriegszieldiskussion in den USA führt dazu, daß der Okkupationskrieg des irakischen Regimes in einen Verteidigungsrieg umschlägen kann. Gradmesser hierfür wäre wohl ein ideologischer Umbruch in der irakischen Baath-Partei, der v.a. eine grundlegende Änderung der Haltung zu den Kurden und anderen Minderheiten beinhaltet müßte.

wie man glauben soll, sondern mit Terror bis hin zu gezielten Henken Unschuldiger.

Ein Beispiel dafür mag die grausame Bombardierung jenes Luftschutzbunkers in Bagdad dienen. In Betracht der Luftüberwachung und der vielen anderen Überwachungsmöglichkeiten kann den US-Truppen nicht unklar gewesen sein, daß in solchen Bunkern v.a. die Angehörigen des Baath-Regimes eine privilegierte, wenn auch trügerische Sicherheit suchten. Den Angreifern lagen die Konstruktionspläne des Bunkers vor. Ihr Angriff zielte auf Ausräuchern. So wollte man klar machen, daß die Funktionsträger des Baath-Regimes nicht einmal sich selbst und ihre Familien schützen können.

Es hat sich um die Vollstreckung von Sippenterror unter dem Vorwand einer Kriegshandlung gehandelt.

Zwischen der Grausamkeit, mit der so eine Kriegsmaschine kalkuliert, und dem, was in der Gesellschaft, aus der sie kommt, üblich ist, besteht eine Beziehung. Eine Gesellschaft, die wie die moderne imperialistische ihre Mitglieder mit absolutem Elend und sozialem Untergang bedroht, ist sozial und politisch verroht. Das wirkt sich auf das Kriegsgeschehen aus.

Für die imperialistischen Kriegshaufen zählt, wie gesagt, v.a. der Gesichtspunkt des persönlichen Durchkommens. Ihr Handeln findet keine Schranken in ihren Zielen.

Ihr Zusammenhalt wird durch Prunken mit grausamen Waffen und Grausamkeiten pervers gefestigt. So brüsten sich die Staaten mit Waffen, die feindliche Soldaten „wie Tomaten im Vakuum zerplatzen“ lassen.

### Der Krieg im Mittel-Ost beginnt, seinen Charakter zu ändern

Die Absichten der imperialistischen Mächte schälen sich immer deutlicher heraus. Sie wollen sich mit großen Truppenmassen festsetzen. Das schafft neue Bedingungen. Die Souveränität der Staaten der Region wird dadurch zu einer Farce. Jeder Ansatz zu sozialer und politischer Befreiung im Mittleren Osten steht dann — und das heißt wohl ab jetzt — in jedem Stadium sogleich in Konfrontation zur Militärmaschine des Imperialismus.

Schließlich müssen wir damit rechnen, daß die imperialistischen Mächte und hier v.a. die BRD, an deren Gangeltand die Türkische Republik geht, die Verfolgung der Palästinenser durch eine weltweite Kurdenverfolgung ergänzen. In der kurdischen Sache kämpft ein Volk für eine soziale Revolution, eine Nation für ihre Befreiung und für staatliche Unabhängigkeit.

Der irakische Staat hat eine Schlacht verloren — jetzt wird der imperialistische Krieg permanent. Das Kriegsziel der USA ist die Einrichtung einer Militärverwaltung, die jederzeit auf Kampfgruppen zurückgreifen kann und die gesamte Region kontrolliert.

Dieses Kriegsziel ist mit den bis jetzt eingesetzten Mitteln nicht zu erreichen. Gegenwärtig wird die Region kontrolliert durch den israelischen Staat und aus der Militärkönig, die die USA, Frankreich und Großbritannien am Golf eingerichtet haben.

Besonders wenn in Irak ein ideologischer Umbruch einsetzt, kann sich irakischer Widerstand anlehnen an Iran, aber auch an die Siedlungsgebiete der Kurden. Es wäre damit auch eine Landverbindung zur UdSSR gegeben, die — besonders in einer gewandelten politischen Situation — gewisse Bündnisverpflichtungen hat.

Alles zusammengekommen bleibt die Situation der imperialistischen Okkupanten problematisch, und zwar solange, bis eine dritte Front eröffnet ist. Die Türkei muß in den Krieg gezogen werden und über die Türkei die Nato und über die Nato die BRD. Erst bei einem offenen Einordnen der BRD in diesen Konflikt wäre auch gewährleistet, daß die UdSSR sich wegen jeder Schraube, die sie Irak liefert, bedroht fühlen darf ...

Konsequenzen für uns in der BRD

Es ist unumgänglich nötig, in allen Antikriegsbemühungen den Zusammenhang zwischen gezielter sozialer Vereinigung und Befreiung zum Raub- und Rachegeist zu betonen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Kämpfen für soziale Interessen und dem Eintreten für den Frieden. Die Produktion des sozialen Elends macht es möglich, Menschen beiderlei Geschlechts zu Kampfmaschinen umzubauen.

Akut kommt es auf den Rückzug der Bundeswehrtruppen aus der Türkei an, die BRD in der Türkei bedroht die Völker des europäischen Ostens bzw. Süd-Ostens und die Völker des Mittleren Ostens gleichzeitig. Ohne dieses praktische Nahziel ist ein Kampf gegen die Änderung der Verfassung der BRD in diesen Konflikt wäre auch gewährleistet, daß die UdSSR sich wegen jeder Schraube, die sie Irak liefert, bedroht fühlen darf.

Schließlich müssen wir damit rechnen, daß die imperialistischen Mächte und hier v.a. die BRD, an deren Gangeltand die Türkische Republik geht, die Verfolgung der Palästinenser durch eine weltweite Kurdenverfolgung ergänzen. In der kurdischen Sache kämpft ein Volk für eine soziale Revolution, eine Nation für ihre Befreiung und für staatliche Unabhängigkeit.

**Internationale Umschau**

Mit einem viertägigen Streik (Bild: Streikposten an einem der 24 Werkseingänge) hat die Belegschaft des VW-Werks in Brüssel (Belgien) Anfang Februar ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche unterstrichen. Am 13. Februar beschloß eine Gewerkschaftsversammlung die Fortsetzung des Kampfes: Jede Woche Freitags wird gestreikt, alle Überstunden und alle Samstagsschichten werden abgelehnt. Die Betriebsleitung lehnt die 35-Stunden-Woche ab. Als Vorbedingung für nicht näher beschriebene „Arbeitszeitverkürzungen“ verlangt sie zudem striktere Kontrollen gegen Fehlzeiten, insbesondere gegen Kranke. — (rū)

**Wachsende Streikbewegung im Nordwesten Polens**

Seit Wochen streiken Zigtusende Arbeiter gegen die Regierungspolitik, die seit dem vergangenen Jahr vorsieht, Lohnerhöhungen stets nur bis zu einer gewissen Höhe zu genehmigen, die jedenfalls einige Prozentpunkte unter der Preissteigerungsrate liegen muß. Sie fordern meist Lohnerhöhungen von um die 50 %. An den Streiks, die von Betrieben des Bergbaus und Verkehrswesens ausgegangen waren, beteiligen sich jetzt auch viele Werktägige des staatlichen Sektors der Landwirtschaft (auf bislang 1300 Staatsgütern). Im letzten Jahr war die Kaufkraft der Bevölkerung um durchschnittlich 30 % gesunken. Verhandlungen zwischen Regierung und Solidarnosc über eine Freigabe der Löhne sind am 21.2. vorerst gescheitert. — (uga)

**El Salvador: Regierung sabotiert Verhandlungen**

Zwei Wochen vor den für den 10. März angesetzten „Wahlen“ zum Parlament und zu den Gemeindewahlen hat die Regierung El Salvadors Verhandlungen mit der FMLN sabotiert. Sie verlangte „Berichtigungen“ in einem Dokument, in dem der Beauftragte von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, de Soto, die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen lediglich zusammengefaßt hatte. Offenbar erhofft sie sich von den Wahlen eine Stärkung ihrer Position. Die FMLN hat bereits erklärt, daß sie das Ergebnis der Scheinwahlen nicht anerkennen werde. — (rū)

**Albanien: Proteste und Provokationen der Rechten**

Wenige Wochen vor den von der Regierung für den 31. März angesetzten Neuwahlen versuchen Teile der Opposition, die Auseinandersetzungen mit der Regierung gewaltsam zu eskalieren. Am 22. Februar eröffneten Unbekannte aus einer Gruppe von Demonstranten, die vor der Militärakademie demonstrierten, das Feuer auf Polizisten. Ein Polizist wurde getötet, mehrere andere verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer, dabei kamen nach offiziellen Angaben drei Demonstranten um. Am gleichen Tag gab Parteichef Ramiz Alia die Bildung einer neuen Regierung bekannt. Angebote an die Oppositionsparteien, sich an der Regierung zu beteiligen, wurden von diesen abgelehnt. Wenige Tage vorher war in Tirana bei einer Protestkundgebung ein Denkmal Enver Hodschas umgestürzt worden. Danach soll es in anderen Landesteilen zu zahlreichen kleineren Auseinandersetzungen um solche Denkmäler gekommen sein, bei denen diese zum Teil entfernt, zum Teil wieder aufgestellt wurden. Die Regierung hat die Bevölkerung aufgerufen, alles zu tun, um Blutvergießen zu vermeiden. Bereits vor den Unruhen hatte die Regierung Kontakte mit der EG aufgenommen. Europäische Konzerne sind u.a. an den reichen Chromerzvorkommen (das Land ist drittgrößter Chromerzproduzent der Welt) interessiert. — (rū)

**Jugoslawien: Bewaffnete Einmischung der Imperialisten?**

Auf der jüngsten Krisensitzung des Staatspräsidiums am 22.2. konnte erneut keine Einigung über die Beilegung des Konflikts zwischen den Republiken erzielt werden. Es wurde lediglich beschlossen, nochmals zu prüfen, wie der Bundesregierung ein weiteres minimales Funktionieren ermöglicht werden könnte.

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

**CSFR: Keine Rückgabe von Betrieben an „Vertriebenen“**

Das Bundesparlament hat am 21.2. ein Gesetz verabschiedet, wonach alle Fabriken, Geschäfte und Gebäude, die nach 1948 verstaatlicht worden waren, ihren ehemaligen Eigentümern bzw. deren Erben zurückgegeben werden müssen. Diese Maßnahme ersetzt jetzt das ursprüngliche Vorhaben, vor allem kleine Läden meistbietend zu verkaufen, die nicht mehr direkt an die alten Eigentümer zurückgegeben werden können. Nutznießer können jedoch lediglich tschechoslowakische Staatsbürger sein, die im Lande ansässig sind. Dieser Vorbehalt in Verbindung mit der Einschränkung „nach 1948“ löste unter Revanchisten in der BRD erhebliche Empörung aus. Ihr Wunsch einer neuerlichen „Germanisierung“ der westlichen CSFR wird nicht erfüllt werden. — (uga)



Mehrere tausend Lohnabhängige der gemeinsamen lateinamerikanischen „Tochter“ der Autokonzerne VW und Ford, Autolatina, protestierten am 21. März in Demonstrationen gegen die Entlassungspläne der Konzernleitung. VW und Ford wollen etwa 8000 Beschäftigte von Autolatina in der nächsten Zeit entlassen. Auch die Regierung hat sich gegen die Vorhaben des Konzerns ausgesprochen. Arbeitsminister Magri forderte ein befristetes Verbot von Massenentlassungen. Wirtschaftsminister Cadoso forderte die Finanzbehörden zu einer beschleunigten Überprüfung der Autolatina-Geschäfte auf. Bild: Lagerhalle von VW do Brasil. — (rū)

**USA-Golfkrieg: Zerschlagung Iraks jetzt offizielles Kriegsziel**

Was die Presse schon seit Wochen den Leuten eintrichtert — daß ohne die Besetzung des gefährlichen und verrückten Saddam Hussein und der irakischen Militärmacht sich der ganze Aufwand der USA nicht lohnt — ist jetzt offizielles Kriegsziel der USA. De facto hat Präsident Bush mit seinem unmöglich erfüllbaren Ultimatum (Rückzug ohne Waffenstillstand) klar gemacht, daß die Erfüllung der UN-Resolutionen nicht das Kriegsziel ist. Außenminister Baker formulierte das in einer Fernsehdiskussion am Sonntag so: Formal sei mit der Befreiung Kuwaits das UN-Mandat erfüllt. Die politischen Ziele der Allianz seien aber die Vernichtung des Regimes von Saddam Hussein. Seit den zwei großen Protestdemonstrationen am 19. und 26. Januar hat die Presse eine Nachrichtenblockade über alle Proteste gegen den Krieg verhängt. In den Tagen der sowjetischen Friedensinitiative hatte sich das etwas gebessert. Leserbriefe und Kommentare gegen den Krieg wurden wieder abgedruckt. Insbesondere gegen Wochenden, als deutlich wurde, daß der von Irak akzeptierte Vorschlag die UN-Forderungen erfüllt, kamen Kommentatoren zu Wort, die Präsident Bush aufforderten, den Krieg zu beenden — unter ihnen ein erzreaktorärer Kolumnenschreiber. Jetzt nach Beginn des Bodenkriegs kommen nur noch die zu Wort, die Irak bombardieren und „nuken“ und Hussein fangen wollen. Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete einstimmig eine nicht-bindende Resolution, die die Bürger auffordert, US-Flaggen als Zeichen der Unterstützung für die Truppen auszuhängen. Am Tage nach dem Beginn des Bodenkriegs fanden in allen größeren Städten der USA Protestdemonstrationen statt. Ein führendes Mitglied der Antikriegscoalition, Ramsey Clark, der Generalstaatsanwalt unter Lyndon B. Johnson gewesen war und der nach Rückkehr von einem Besuch Iraks Termine für Interviews mit sieben Fernsehnetzen hatte, wurde bei seinem ersten Auftritt nach 4 Minuten ausgebündet. Die übrigen Fernsehnetze zogen zurück. Der CBS-Kameramann, der ihn nach Bagdad begleitet hatte, wurde von CBS (einem der großen Fernsehnetze) gefeuert. Die Antikriegscoalitionen haben für den 6. April eine nationale Demonstration in Washington angekündigt. — (ger, her)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vertrat SPD-Vogel, daß eine Einheit Jugoslawiens, die auf einem serbischen Hegemonieanspruch beruhe, nicht im Interesse der Stabilität in Europa liege. FDP-MdB Irmer forderte die Bundesregierung namens seiner Fraktion auf, im Rahmen der KSZE den Konfliktparteien in Jugoslawien „als Berater, Schlichter und als ehrlicher Makler“ Dienste anzubieten. — (uga)

Das slowenische Parlament hatte zuvor beschlossen, den anderen Republiken die Auflösung des Staatsverbandes auf dem Verhandlungsweg vorzuschlagen. Sollten sich diese Verhandlungen in die Länge ziehen, werde Slowenien alle staatsrechtlichen Bindungen für erloschen erklären und mit den anderen Republiken als ausländischen Staaten verkehren. Dieses könnte noch vor Ende dieses Jahres sein. Für ab sofort ungültig erklärt das Parlament alle im Widerspruch zur Republikverfassung stehenden Gesetze. Das kroatische Parlament schloß sich diesem Beschuß am nächsten Tag vollständig an. Bereits eine Woche zuvor hatten Kroatien und Slowenien einen Beistandspakt geschlossen, der vorsieht, daß beide Republiken sofort alle Bürger zu den Waffen rufen und die Entsendung von UNO-Truppen fordern würden, falls die Bundesarmee in einer der beiden Republiken einmarschiere sollte. Zudem wolle man dann „ausländische Vermittler einschalten“. Die BRD wittert konkrete Einmischungsmöglichkeiten. In



## Gesamtschuldiskussion neu entbrannt

### Bestandsgarantien für dreigliedriges Schulsystem müssen fallen

Im Mai 1990 hat eine Koalition aus SPD und GRÜNEN nach knapp gewonnenen Landtagswahlen die 14 Jahre im Amt befindliche CDU/FDP-Regierung unter Ministerpräsident Albrecht in Niedersachsen abgelöst. Sowohl im Wahlkampf als auch in den ersten Monaten der neuen Landesregierung spielte die Bildungspolitik eine relativ wichtige Rolle, darunter auch die vielerorts erhöhte Forderung nach Einrichtung neuer Gesamtschulen.

Zur Zeit gibt es in Niedersachsen 17 Integrierte Gesamtschulen (IGS) mit ca. 16000 Schülerinnen und Schülern sowie 17 sogenannte Kooperative Gesamtschulen (KGS), die aber in der Praxis kaum mehr als Schulzentren normaler Regelschulen des dreigliedrigen Schulsystems mit einigen übergreifenden Angeboten darstellen. Zusammen werden an diesen 34 Gesamtschulen ca. 7 % der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 13 unterrichtet. Gleichzeitig gibt es nach Angaben der GEW über 30 örtliche Initiativen von Eltern, Lehrern usw. zur Gründung weiterer (Integrierter) Gesamtschulen, die zum Teil schon seit Jahren mit unterschiedlichem Erfolg tätig sind.

Die meisten der bestehenden Gesamtschulen waren Anfang der 70er Jahre gegründet worden; nach Amtsantritt der reaktionären Albrecht-Regierung 1976 waren die vorhandenen Gesamtschulen stetiger Verschlechterung ihrer gesetzlichen und materiellen Rahmenbedingungen ausgesetzt gewesen. Neugründungen waren bis 1983 allgemein untersagt, danach praktisch verhindert worden. Erst ab 1989 war es gelungen, der alten Landesregierung Genehmigungen zur Errichtung von neuen Gesamtschulen in Braunschweig, Oldenburg und im Kreis Schaumburg abzutrotzen. Im Rahmen einer Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSG) war den Gesamtschulen zudem der Status einer Regelschule aberkannt worden. Selbst kleinste Errungenschaften, die in den

Gesamtschulen durchgestzt waren, wurden über Schulgesetzänderungen und maßgeschneiderte Erlasse wieder aus der Welt geschafft, so etwa die Drittelparität bei (bestimmten) Konferenzen und andere Elemente der inneren Schulverfassung. Erhebliche Bedeutung für die Organisation des Lernens selbst hatte der sogenannte Organisationserlaß „Die Arbeit in der IGS“ von 1982, der eine Leistungsdifferenzierung, ausgerichtet am dreigliedrigen Schulwesen, forderte und somit alle fortschrittlichen Ansätze, der Auslese nach „Begabung“ und „Leistung“ durch gemeinsame Lerngruppen, Binnendifferenzierung und ähnliches wenigstens ein Stück weit zu entgehen, zunichtete machte.

Mit dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr ist nun eine veränderte Situation eingetreten. SPD und GRÜNE haben sich in ihren Wahlprogrammen und auch konkret in ihrer Koalitionsvereinbarung eindeutig dafür ausgesprochen, Gesamtschulen wieder zu Regelschulen zu machen. Das erweitert tatsächlich den Spielraum der örtlichen Bemühungen, Gesamtschulen durchzusetzen, sofern es ihnen gelingt, dem bekräftigten „Nachweis des Elternwillens“ beizubringen. Wie so etwas praktisch-politisch ablaufen kann, ist unten am Beispiel Burgdorf aufgezeigt.

Aber auch dort, wo es gegen die Störmanöver der Reaktion gelingt, den Nachweis der Notwendigkeit von Errichtung von Gesamtschulen zu führen, tun sich in der Verwirklichung solcher Absichten immer neue Probleme auf. So stände zum Beispiel in Braunschweig aufgrund der Ergebnisse einer Elternbefragung nun bereits die Einrichtung einer dritten Gesamtschule vor der Tür, und Verwaltung sowie Ratsmehrheit aus SPD und GRÜNEN agieren auch entsprechend. Doch nun fahren die Reaktionäre anderes Geschütz auf: der finanzielle Aufwand solle besser für die tatsächlich seit Jahr und Tag überfällige – Sanierung anderer Schulen verwendet

werden. So hofft man auch zum Beispiel Schüler- und Elternvertreter bestehender Regelschulen gegen die Gesamtschulgründung mobilisieren zu können.

Betrachtet man diese sehr unterschiedlichen, aber allesamt sehr komplizierten örtlichen Auseinandersetzungen und dazu die richtige Forderung des GEW-Landesverbandes, bis zum Jahre 2000 in jedem der ca. 50 Kreise bzw. in den kreisfreien Städten mindestens eine Integrierte Gesamtschule einzurichten, so stellt sich die Frage, welche Forderungen an die Landespolitik zu richten sind, um günstige Bedingungen zur Durchsetzung solcher Vorstellungen zu erreichen. Ziemliche zentrale Bedeutung dürfte dabei die ersatzlose Streichung des § 13a(4) des Niedersächsischen Schulgesetzes haben, der die Möglichkeit von Neugründungen von Gesamtschulen an die Bestandsgarantie für die Regelschulen des dreigliedrigen Schulwesens koppelt. Diese Bestandsgarantie, von der die Reaktion im Slogan „Es darf keine Schule unter einer neuen Gesamtschule leiden“ schlicht, aber erfreulich popularisiert, erweist sich in vielen Auseinandersetzungen als rechtlicher und politischer Hemmschuh bei der Durchsetzung von Gesamtschulgründungen.

Dazu muß die Forderung nach Abschaffung beziehungsweise Neufassung des oben erwähnten Erlasses zur „Arbeit in der IGS“ kommen; insbesondere, was die Festlegung auf Formen äußerer Differenzierung betrifft. Solange solche Schranken nicht überwunden werden können, wird es der Reaktion immer wieder gelingen, auch in den Gesamtschulen Dreigliedrigkeit und somit Ausleseprinzipien und Leitungsbegriffe in der von ihr gewünschten Intensität durchzusetzen. Auch in Fragen wie der Stundentafel und dem Fächerkanon im Wahlpflichtbereich widerspricht der Organisationserlaß Forderungen und Vorstellungen sowohl der verschiedenen Gesamtschulinitiativen als auch Be-



schlüssen von GEW, LandesschülerInnenrat u.a., die sich stattdessen zunehmend in Richtung Integration von allgemeiner und (vor-)beruflicher Bildung aussprechen.

Noch für dieses Jahr hat die Landesregierung die Beschäftigung mit der Novellierung des NSG in Aussicht gestellt, die aber voraussichtlich erst 1993 in Kraft treten soll. Die GEW hat dazu bereits im letzten Jahr erklärt, daß die erwähnte Bestandsgarantie in NSG § 13a gestrichen werden soll, was Kultusminister Wernstedt (SPD) allerdings öffentlich ablehnt. Die CDU befürchtet wohl allerdings bzw. will dem Fall vorbauen, daß nicht alle Bereiche bzw. VertreterInnen und Vertreter des Ministeriums auf diesen Kurs eingeschworen sind. So hat sie noch im Dezember eine Kleine Anfrage im Landtag eingebracht, wie die Aussage eines Ministeriumsvertreters vor dem Landeselternrat zu bewerten sei, daß „die Bestandsgarantie das dreigliedrige Schulwesen privilegiere“ und ob die Landesregierung der Auffassung sei, daß die Bestandsgarantie nur dem dreigliedrigen Schulwesen im Ganzen, nicht aber jeder einzelnen Schule gelte. Auch die übrigen reaktionären Truppen,

von der Schüler-Union bis zum Philologenverband konzentrieren sich hauptsächlich auf die Frage des Erhalts und der Verteidigung der Regelschulen, insbesondere natürlich des Gymnasiums.

Angesichts dieser Entwicklungen erscheint es nötig, über die bisher im wesentlichen von der GEW öffentlich vorgetragenen Positionen hinaus auch seitens der Vertretungsorgane der SchuleInnen und Schüler sowie der Eltern Förderungen in diese Auseinandersetzung einzubringen. Und örtlich muß dies in Hinsicht auf die im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen in Niedersachsen auch Thema der linken Bündnisse werden.

Darüberhinaus muß sich die Forderung an die Kultusministerkonferenz wenden, die KMK-Rahmenvereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen aufzuheben, denn diese greift ebenfalls mit der Forderung nach Anpassung der inneren Struktur der Gesamtschulen an das dreigliedrige Schulwesen in unzulässiger Weise sowohl in Fragen der inneren Schulorganisation als in die Bildungshöheit der Bundesländer ein. — (ank. ibm. AGB Nds.)



Eine Schule für alle Kinder: hier eine Aktion der Gesamtschule Hagen-Haspe gegen Ausländerfeindlichkeit.

## Kommunalpolitische Debatte:

### Pro und Contra um eine Integrierte Gesamtschule Burgdorf

Im Rat der Stadt Burgdorf (Landkreis Hannover) wird Mitte März eine knappe CDU/FDP-Mehrheit voraussichtlich die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) ablehnen.

Seit Mitte 1988 arbeitet eine Initiative aus Lehrern und Eltern an dem Konzept und an der Durchsetzung dieser IGS. Sie begann damit kurz nach und bewußt gegen den Sonderparteitag der Niedersachsen-CDU, der die IGS abgelehnt hatte. Als besonderer Schwerpunkt der geplanten IGS Burgdorf ist die Verbindung von allgemeiner und handwerklich-technischer Grundbildung vorgesehen. In einer kleinen (drei- bis vierzügigen) IGS für die Klassenstufen 5 bis 10 soll in Ganztagunterricht handwerkliche und künstlerische Bildung gleichberechtigt und in Zusammenhang mit Allgemeinbildung vermittelt werden. Alle Schüler sollen (so weit es nach geltenden Erlassen möglich ist) in Lerngruppen zusammenbleiben und nur „innen“ differenziert werden, damit Selektion und Ausgliederung der Schüler abgebaut wird. Lernentwicklungsberichte statt Noten, kein Sitzbleiben und keine Hausaufgaben sollen eine entspannte und angstfreie Lernatmosphäre schaffen.

#### Ist die IGS „unsozial“?

Kaum stand das Konzept, traten die örtliche CDU und ein Vertreter des Philologenverbandes auf den Plan und versuchten, die geplante IGS zu kippen. Ihr Hauptargument: das gemeinsame Unterrichten in heterogenen Lerngruppen (Sonder-, Haupt-, Realschüler und Gymnasiasten in einer Klasse) sei „unsozial“, da jeder Mensch von Natur aus unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten habe, die individuell gefördert werden müßten. Sogar der ehemalige CDU-Ministerpräsident Albrecht mischte sich in die Debatte: Die Vorgabe der IGS sei neben der Integration auch die differenzierte Förderung begabter Schüler gewesen, dies sei aber nicht praktiziert worden. Stattdessen habe die Ideologie im Vordergrund gestanden, „die sogenannte Klassengesellschaft zu beseitigen und alles in einen Pott zu wer-

fen“. Die Junge Union sprach gar von einer „rot-grünen Kaderschmiede“, die sie sich für Burgdorf nicht wünsche; der Anteil der „DKP-Lehrer“ sei zu hoch!

Dieser Argumentation der CDU trat die Vorsitzende des Stadtelternrats auf einer Veranstaltung entgegen: Es sei unbestreitbar, daß an der heutigen Schule etwas faul sei und Eltern mit der Aufgabe, ihre Kinder möglichst gut durch die Schule zu boxen, alleingelassen würden. „Die Eltern wollen eine optimale Förderung. Wir haben das Gefühl, daß die IGS das kann.“ Andere Eltern fanden wichtig, „daß sich die Kinder mit ihrer Schule identifizieren, Spaß am Gemeinschaftsleben entwickeln und weniger Stress und Hektik unterworfen sind.“ Die Burgdorfer SPD trat dem lediglich mit einer etwas verwaschenen Stellungnahme entgegen, in der sie meinte, „daß eine Gesamtschule den Bedürfnissen von Schülern entgegenkommt . . .“

#### Brauchen Schüler Noten?

Ein weiteres Argument der CDU gegen die IGS: Der geplante Wegfall von Zeugnissen und Noten bis zur 9. Klasse sei wirklichkeitsfremd. Die gleichberechtigte Anerkennung der Schulabschlüsse dieser Schulform sei fraglich und die Schüler hätten im Vergleich zu den Abschlüssen der gegliederten Schulformen bei der Ausbildungsplatzsuche keine Chancengleichheit. Die „Fachleistung“ bleibe zurück, so der Gymnasiumsdirektor Burgdorfs. Andere CDU-Eltern waren mit dieser Haltung nicht ganz einverstanden: eine IGS sei u.U. zumindest für schwächere Schüler ganz gut, da sie sie im handwerklichen Bereich fördere; zudem werde so die schlecht belegte Berufsschule besser ausgenutzt. Damit unterscheiden sich die Argumente nicht sehr von der SPD, die im Schulausschuß insbesondere für Hauptschüler bessere Chancen durch eine IGS erhoffte.

Das Konzept für die geplante IGS legt ausführlich dar, wie die Leistungsbewertung aussehen soll. Leistungsbewertung soll primär als Hilfe im Lernprozeß und nicht als . . .

Entscheidend soll nicht das Faktenwissen, sondern der Lösungsweg für beispielhafte Problemstellungen sein. Trotzdem enthält das Konzept auch die Aussage, daß die IGS „selbstverständlich“ auch die Leistung fordert und fördert und Aussagen über erbrachte Leistungen in Form von Lernentwicklungsberichten, ab Klasse 9 auch in Noten macht.

#### IGS bedroht andere Schulen?

Die Schulleiter der weiterführenden Schulen in Burgdorf und Umgebung (außer der Berufsbildenden Schulen) wehrten sich gegen die IGS auch mit der Behauptung, diese bedrohe die Existenz der bestehenden Schulen, zumindest müßten sie dann ihr Angebot zu sehr einschränken. Ein geradezu lächerliches Argument, da die Stadt Burgdorf unabhängig von allen Initiativen und ungeachtet der kommenden geburtenstarken Jahrgänge mit Feuerwehr Schulen zusammenlegt: die Zusammenlegungen zweier Haupt- und zweier Grundschulen wurden gegen den erklärten Eltern- und Lehrerwillen durchgesetzt; die beiden Realschulen stehen jetzt zur Debatte! Fast ängstlich will die IGS-Initiative diesem Argument schon von vornherein den Wind aus den Segeln nehmen: sie wolle keine bestehende Schule bedrohen, sie sei lediglich eine Angebotsschule, was der Konkurrenz und der Belebung der Schullandschaft diene. Auf dieses Angebot lassen sich Politiker und Eltern aller Couleur auch ein: Man sei für dieses zusätzliche Angebot für diejenigen, die es nun mal eben wollen! „Der“ sog. Elternwillen wird von allen hochgehalten.

#### Ganztagsunterricht

Wegen des Ganztagsunterrichts braucht man laut CDU keine IGS, denn eine Ganztagsbetreuung sei auch an den bestehenden Schulen bei Bedarf möglich. Das sei sowieso nur für „ganz bestimmte Kinder“, beispielsweise die von alleinerziehenden Eltern, notwendig. „Als Christ“ bedauere man dabei, daß damit das Recht, die Kinder selbst zu erziehen, eingeschränkt wird.

Gegen dieses Argument tritt die SPD noch am entschiedensten auf: sie hält die IGS für „wesentlich familienfreundlicher“. Welche Mutter kann nicht ein Lied auf mit Nachhilfe ausgefüllte Nachmittage singen? Es muß nicht ein Traum sein, daß Kinder von der Schule kommen und dann die Freizeit beginnt.“ Damit zeigt sie wenigstens annähernd die tatsächlichen Verhältnisse, daß nämlich die Kinder, deren Eltern sich intensiv um die Hausaufgaben kümmern und eventuell Nachhilfe bezahlen können, meistens weniger Schulprobleme haben, während die anderen auf der Strecke bleiben! Gerade dieser gesellschaftliche Unterschied könnte durch eine IGS etwas ausgeglichen werden.

#### Verwaltung verzögert!

Angesichts der CDU/FDP-Mehrheit im Burgdorfer Rat (20:17) setzte die Verwaltung auf Verzögerungstaktik: Sie hielt zwar ebenfalls den „Elternwillen“ hoch und führte auch den Auftrag des Schulausschusses, eine Elternbefragung durch, doch brauchte sie trotz erheblicher Kritik von SPD, Grünen und der Initiative ein volles halbes Jahr vom Auftrag bis zur Durchführung! Auch eine

Anhörung der Schulleiter vor dem Schulausschuß benötigte wegen diverser anderer Termine des Stadtdirektors Monate! Während die Schulzusammenlegungen recht flott passierten, hoffte der Stadtdirektor in punkto IGS drücklich auf die schnellere Entscheidung an derer Städte in erreichbarer Nähe. So wurde praktischerweise in der Elternbefragung auch gleich die Frage mit aufgenommen, ob man sein Kind eventuell auch auf eine Gesamtschule in der neu entstandenen Nachbarstadt Lehnschicken würde. Ein weiteres geplantes Verwirrungsmanöver der CDU, gleichzeitig mit der Elternbefragung zur IGS auch die Frage zu stellen, ob Eltern auch eine Ganztagsbetreuung im dreigliedrigen Schulsystem wollen, konnte gerade verhindert werden.

Das Ergebnis der Elternbefragung war knapp: der Elternwillen ist also offensichtlich nicht einheitlich: Bei einem Rücklauf von etwa 50 % waren die Eltern von 214 Kindern für eine IGS, das sind etwa 70 Kinder pro Jahrgang! Die Eltern von 235 Kindern sprachen sich für die gegliederten Schulformen aus. Damit ist die Stadt nicht verpflichtet, eine IGS einzurichten, dazu wären etwa 100 Kinder pro Jahrgang notwendig gewesen. Andererseits haben sich mindestens ein Viertel jeden Jahrgangs für eine IGS ausgesprochen, so daß die Stadt einen Ratsbeschuß darüber herbeiführen könnte, der aber mit großer Wahrscheinlichkeit an den Mehrheitsverhältnissen scheitern wird.

Quelle: Anzeiger für Burgdorf und Lehrte versch. Artikel von März 1990 bis Februar 1991; Konzept der IGS-Initiative Burgdorf — (ibm)

## BAW läßt § 129a fallen

OLG-Urteil folgt dem BAW-Plädoyer nahezu in allen Punkten

**Karlsruhe.** Im März letzten Jahres werden drei Leute nach einem Einbruch in Bürgermeisteramt Untergrombach und die dort befindliche Polizeistation verhaftet. Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen sofort anzieht, stellt Haftbefehl und ermittelt gegen § 129a. Die Presse organisiert nach den ersten Verlautbarungen der BAW eine Kampagne „Anschlag auf Rebmann geplant“ („Badische Neueste Nachrichten“), „Festnahmen im RAF-Umfeld. Spekulationen über einen geplanten Anschlag auf Rebmann“ („Süddeutsche Zeitung“), „RAF-Terror, Alarmstufe 2 für Politiker. Haftbefehl gegen Arzt und Sanitäter“ („Bild“). Den Haftbefehl und die Ermittlungen wegen § 129a begründet die BAW damit, der Einbruch sei „im Auftrag der RAF“ ausgeführt worden. Beweise für den „Auftrag der RAF“ konstruieren die BAW aus der Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen sowie aus Zeitungsartikeln, Broschüren und Flugblättern, die sich mit der Situation der politischen Gefangenen auseinandersetzen und bei den Verhafteten beschlagnahmt werden. Die drei Leute sind im Gesundheitswesen beschäftigt und befassen sich seit Jahren auch aus beruflichen Gründen mit Katastrophenmedizin. Sie hoffen, im Bürgermeisteramt Untergrombach Unterlagen über staatliche Einsatzpläne für atomare Katastrophen in der Region zu finden und der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart läßt die juristisch recht durchtägliche Anklage auch prompt zu. Am 6. Februar 1991, nach fünf Verhandlungstagen, wird das Urteil in Stammheim gegen die drei Angeklagten gesprochen: sie werden zu Freiheitsstrafen von zweimal zwanzig Monaten und einmal achtzehn Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, verurteilt wegen schweren Diebstahls und versuchten Einbruchdiebstahls. Die § 129a-Anklage hatte sich bereits im Prozeß als hältlos erwiesen, die BAW zog sie auf Antrag des Gerichts zurück.

Im folgenden dokumentieren wir aus der Bewertung des Urteils durch die Angeklagten sowie aus den Prozeßberichten, in denen sie die Gründe für den Einbruch dargelegt hatten. — (m. map)

„Der BAW ist es nicht gelungen, eine Verurteilung nach § 129a zu erreichen. Natürlich sind wir darüber persönlich sehr erleichtert. Letzten Endes wichtiger aber und für die Bedingungen hier ausschlaggebend ist es, daß die BAW sich politisch durchsetzen konnte. In seiner Urteilsbegründung folgte das Gericht nahezu in allen Punkten dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft, bis hin zur Übernahme ganzer Formulierungen. Es erklärt, daß ein über einem bestimmten

Maß liegendes Quantum an linkem Schriftgut, wie es bei uns beschlagnahmt wurde, auf eine „geistige Nähe“ zu extremistischen Gruppen schließen lasse. Eine solche hätten wir mit logistischem Material unterstützen wollen. Ob es sich hierbei um die RAF, die RZ oder gar eine eigene Vereinigung handele, habe nicht geklärt werden können.“

„Katastrophenschutz gehört zum Polizeirecht. Im Gesetzesstext des Landeskatastrophenschutzgesetzes steht dementsprechend einiges zur Kompetenz der Polizei. Etwa unter § 19: „Die Ortspolizeibehörden der betroffenen Gemeinden werden an der Wahrnehmung der Einsatzaufgaben der Katastrophenschutzbehörde beteiligt.“ Und weiter unter § 24: „Der Polizeivollzugsdienst nimmt die Aufgaben der Katastrophenschutzbehörde wahr, wenn und so lange ein rechtzeitiges Tätigwerden der zuständigen Katastrophenschutzbehörde nicht erreichbar ist und trifft die notwendigen vorläufigen Maßnahmen.“

Diese Richtlinien des Landeskatastrophenschutzgesetzes sind verbindlich für die sogenannten besonderen Katastrophenschutzpläne. Besondere Katastrophenschutzpläne beziehen sich konkret auf den jeweiligen Kernreaktor und sind zu erstellen für alle Gemeinden im Umkreis von 25 km um kerntechnische Anlagen, die Grenze der festgelegten Atomzone.

Wir wollten unsere Vermutung belegen hinsichtlich der Existenz von Plänen, polizeilichen Dienstanweisungen, die außerhalb der offiziellen Katastrophenschutzpläne existieren und staatlichen Gewalteinsetzen dokumentieren. Durch deren Entwendung, Auswertung und anschließende Veröffentlichung wollten wir dazu beitragen, den Widerstand gegen diese Politik zu verstärken und weiteren politischen Druck zur Abschaffung atomarer Anlagen zu machen. — (M)

Die Gemeinde Untergrombach liegt sowohl im ausgewiesenen Evakuierungsgebiet des Kernkraftwerkes Philippsburg als auch des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hier in Hauptwindrichtung. Die Gefährdung durch die Karlsruher Anlagen ist sehr viel größer als durch einen gewöhnlichen Reaktor, stehen doch in Karlsruhe der einzige Schnelle Brüter, die einzige Wiederaufbereitungsanlage sowie praktisch das einzige Atommülllager der Bundesrepublik. Und daß die Ortspolizeibehörde der betroffenen Gemeinden, die ja an der Wahrnehmung der Einsatzaufgaben beteiligt ist, über die entsprechenden Unterlagen schon vor einem Katastrophenfall verfügt, erschien uns zwingend

Quellen: Bad. N. Nachrichten, 17.3.90 u. 7.2.91; Südd. Ztg., 19.3.90; Bild, 22.3.90; Kommunale Berichte Karlsruhe, 5.4.90, 7.1.91

## Haushaltsberatungen in Freiburg

Anträge der Linken Liste/Friedensliste

**Freiburg.** Die zweite Lesung des städtischen Haushalts ist abgeschlossen. Um jede Mark, die für soziale Aufgaben mehr ausgegeben werden sollte, wurde — meist ergebnislos — gefeilscht. Die Millionenbeträge für offene oder verdeckte Wirtschaftsförderung gingen geräuschlos über die Bühne. Die Stadträtin der Linken Liste/Friedensliste, Inge

Tritz, hat versucht, mit insgesamt 63 Anträgen sozialen Interessen der Ärmsten in der Stadt Geltung zu verschaffen, kulturellen Bedürfnissen von Minderheiten Unterstützung zu gewähren und die uferlose Begünstigung der großen Betriebe zu beschneiden. Wir dokumentieren beispielhaft einige davon. — (kh)

**Streichung von 41 000 DM für Abschiebungen von Ausländern**  
Es geht uns hier um eine politische Demonstration der Stadt gegen die Abschiebungsanordnungen ... Ein dafür vorgesehener Titel im Haushalt zeigt die Bereitschaft der Stadt, solchen Anordnungen nachzukommen. Wir sind dagegen der Auffassung, daß die Stadt sich gegen jede Abschiebung von Asylbewerbern aussprechen, ihren Ermessensspielraum nutzen und gegen entsprechende Weisungen protestieren sollte.

**Kürzung der Verfügungsmittel des OB um 20 000 DM (für die Patenschaft mit einem Marineversorger eingestellt)**

Um Rechtsgutachten des städtischen Rechtsamts vom 21.1.91 ist es offen, ob die Patenschaft überhaupt zum kommunalen Aufgabenbereich i. S. der Gemeindeordnung gehört. Sie wurde zu dem durch die Verwaltung und nicht durch Beschuß des Gemeinderats gebildet. Gerade in der gegenwärtigen Situation sollte die Stadt Patenschaften mit Friedensgruppen und nicht mit einem Kriegsschiff pflegen.

**Streichung des 150 000-D-M-Zuschusses an das Zelt-Musik-Festival**  
Die Entwicklung des ZMF zur repräsentativen, kommerziell ausgerichteten und wirtschaftlich wenig seriösen Großveranstaltung hat sich weit von seinem ursprünglichen Selbstverständnis entfernt, nämlich der freien, experimentellen Musikszene ein Forum zu verschaffen.

**Aufnahme eines Zuschusses von 30000 DM an Radio Dreyeckland**

Die Unterstützung eines unabhängigen, nichtkommerziellen Radios, das zudem ein örtliches Projekt darstellt im Gegensatz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, halten wir für einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Förderung auf kommunaler Ebene. Die Stadt sollte gerade gegen die Politik der Landesregierung, die einseitig auf die Förderung privater kommerzieller Sender setzt, diesen einzigen freien Lokalfunk unterstützen.

**Erhöhung der Personalausgaben für das Wohnungsamt um 60 000 DM**

Dieser Betrag ist erforderlich zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle, die dafür eingerichtet werden soll, daß das Amt

personell in die Lage kommt, seinem gesetzlichen Auftrag, der Verfolgung und Ahndung von Mietpreisüberhöhungen gemäß Wirtschaftsstrafgesetz nachzukommen. Die Stelle ist haushaltstechnisch zu schaffen (siehe nächster Antrag). **200 000 DM zusätzlich zu veranschlagende Mehreinnahmen bei Bußgeldern** In Folge verstärkt verhängter Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhung durch die neu zu schaffende Stelle im Wohnungsamt sind Mehreinnahmen mindestens in dieser Höhe zu erwarten, wenn die Stadt auch nur annähernd den Spielraum bei der Höhe der Bußgelder (im Einzelfall bis zu 50 000 DM) ausnutzt.

**Anhebung der Verlustabdeckung bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft um 3,3 Mio. DM**

Der Betrag entspricht den zu erwartenden Einnahmen aus der von der Stadt auf Grundlage bundesgesetzlicher Regelung zu erhebenden Fehlbelegungsabgabe. Er soll dazu dienen, die Finanzausstattung der Siedlungsgesellschaft zu verbessern und so die geplanten Mieterhöhungen vermeiden.

## Grüne fordern Bleiberecht für Kurden

**Karlsruhe.** Die Grünen haben im Landtag Baden-Württemberg einen Antrag auf Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge gestellt. Die Landesregierung wird aufgefordert, „daß Kurden nicht von Ausweisung und Abschiebung, insbesondere nicht in den Irak und die Türkei bedroht sind“, „daß die im Zusammenhang mit dem Golfkrieg nach Baden-Württemberg geflüchteten Kurden den Status von Kontingentflüchtlingen erhalten“, „daß ... Kurden auf Antrag auch dann als Staatenlose anerkannt werden, wenn ein Staat aufgrund seines Rechts sie als Staatsangehörige ansieht“. Der Antrag wird u.a. mit der Bombardierung Kurdistans im irakischen und türkischen Grenzgebiet seit Beginn des Golfkrieges und der Suspenderung der Menschenrechte in den kurdischen Provinzen der Türkei begründet. Quelle: Antrag vom 21.2. — (rub)

## Gorleben: Baustelle der Konditionierungsanlage besetzt

**Gorleben.** Am 6.2.91, dem ersten Jahrestag der Hüttenöffnung in Gorleben, besetzten ca. 22 Anti-AKW-Aktivisten die Baustelle der Pilotkonditionierungsanlage bei Gorleben. Die Besetzer kamen durch den Wald und überwanden mit Leitern den Bauzaun. Es kam zu vielfältigen Aktionen auf dem Gelände. So wurde ein Transparent „Tschernobyl ist überall“ auf dem Baukran befestigt und ein weiteres Transparent „Tschüß“-PKA zwischen den Betonstahl gespannt. Die Polizei und der BGS waren durch die Besetzung total überrascht. Derweil wurde von einigen Aktivisten der Baukran besetzt. Nach drei Stunden wurde das Gelände von der Polizei geräumt. Dies verlief friedlich. Alle Beteiligten wurden zur Polizeikaserne Lüchow gebracht. Dort wurden ihre Personallisten festgestellt. Zu einer „formellen“ Verhaftung kam es allerdings nicht. Nach 2 Stunden Freiheitsberaubung wurden die Besetzer freigelassen. — (M)

## Proteste gegen Bundeswehr in Kurdistan

**Bielefeld.** Eine vom Antikriegsbündnis organisierte Demonstration am 14.2. unter den Forderungen: **Rückzug der Bundeswehr aus Kurdistan! Stoppt die deutsche Kriegsbeteiligung jetzt** hatte 1000 Teilnehmer. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der Bielefelder Schülervertreter vom 16.2. forderte in einer Resolution gegen den Golfkrieg den Abzug der Bundeswehr. Dies verlangt auch der Vertrauensleutekörper der IG Leder bei dem Möller-Werken (1600 Besch.) in einem Brief an die Bundesregierung. Das Kurdistan-Zentrum und das Autonome und Antimperialistische Anti-Kriegsplenum machen am 2.3. eine Veranstaltung: „Was macht die BRD in Kurdistan?“ — (stb)

## Antifaschistische Widerstandskämpfer gegen den Krieg am Golf

**Köln.** Jetzt haben sich mehr als 80 Frauen und Männer, die aktiv am Widerstandskampf gegen die Nazi-Diktatur teilgenommen haben und fast alle in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt wurden, mit einer Erklärung zum Golarkrieg zu Wort gemeldet:

„Der Krieg am Golf wird immer brutaler und unmenschlicher ... Der Krieg am Golf sei notwendig, um den Diktator Saddam Hussein zu stoppen und Schlimmeres zu verhindern. Das sei die Lehre aus dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das faschistische Deutschland — so ver suchen die Befürworter und Unterstützer den Krieg zu rechtfertigen. Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten wissen diese Rechtfertigung als verlogen und heuchlerisch zurück ... Ausgehend von unseren Erfahrungen und Erkenntnissen erklären wir: ... Heuchlerisch und verlogen ist das Argument, wir Deutschen müßten als Dank für die Befreiung von Hitler jetzt die USA in ihrem Krieg am Golf unterstützen. Es geht in diesem Krieg nicht um die Befreiung Kuweits oder die Wiederherstellung der Demokratie. Das Feudalregime Kuweits ist ebenso wenig demokratisch legitimiert wie das des USA-Verbündeten Saudi-Arabien oder das von Saddam Hussein im Irak. Es geht allein um die Verfügungsgewalt über den Rohstoff Erdöl. Wenn ein Bezug zu Hitler hergestellt wird, dann muß daran erinnert werden, daß auch die Nazis Krieg um Rohstoff geführt haben, um Kohle und Eisenerz in Frankreich, um die Kornkammern der Ukraine und das Erdöl von Baku.“

Der vollständige Text ist dokumentiert in den „Antifaschistischen Nachrichten“ Nr. 5/91

## Essen: Bürgerantrag gegen revanchistische Patenschaft

**Essen.** Etwa hundert Leute, darunter mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, DKP, MLPD, VVN/BdA und Volksfront haben einen Bürgerantrag des Antifaschistischen Forums gegen die Patenschaft der Stadt Essen über Hindenburg unterzeichnet. Hindenburg hieß ganze 30 Jahre, zwischen 1915 und 1945, die polnische Stadt Zabrze. In dem Bürgerantrag, der jetzt eingereicht wurde, wird die Kündigung der Patenschaft aus der Zeit des Kalten Krieges gefordert und die Einstellung aller Zahlungen der Stadt an revanchistische Verbände. Die Stadt Essen zahlt z.B. alle zwei Jahre über 30000 DM für den „Hindenburger Heimattag“. Wahrge nommen wird die Patenschaft vom Vertretungsausschuß Hindenburg, einer Untergliederung der Landsmannschaft Oberschlesien. — (wof)

## Verlegung von zwei politischen Gefangenen aus NRW nach Celle

**Hannover.** Das nordrhein-westfälische Justizministerium hat das niedersächsische darum gebeten, dem Wunsch zweier in NRW inhaftierter politischer Gefangener, nach Celle verlegt zu werden, nachzukommen. Das niedersächsische Justizministerium wird dieser Bitte voraussichtlich entsprechen, so ein Ministeriumssprecher am 13.2. Die CDU-Landtagsfraktion warf der nds. Justizministerin Alm-Merk vor, „eine ernst zu nehmende Gefahrensituation in Niedersachsen“ zu schaffen. Sie handele „in falscher Fürsorge für terroristische Gewalttäter und deren Kumpanen“, so der CDU-Abgeordnete Möllring am 20.2. während der Landtagsdebatte zu diesem Thema. — (rec)



**Mannheim.** Bei der Samstags-Aktion gegen den Krieg am Golf fanden sich am 15.2. über 500 Moslems ein, um gegen die Diskriminierung der Anhänger des Islam zu demonstrieren. Auf Transparenten und Flugblättern traten sie für eine gerechte arabische Lösung der Konflikte im Nahen Osten ein und stellten heraus, daß der „Heilige Krieg“ eine Erfindung kolonisierender christlicher Mächte sei. — (tht)

## FDJ-Verbot nicht mehr anwendbar

**Münchener Amtsgericht: „FDJ ist in der BRD eingebürgert“**

**München.** Am 13.2.1991 stand in München die Setzerin Martina Holzinger, Mitarbeiterin der Kämpfenden Jugend, vor Gericht. Sie hatte bei einer Aktion gegen den ersten Staatsvertrag im Juni vergangenen Jahres auf dem Münchener Marienplatz ein Hemd der Freien Deutschen Jugend getragen. Über eine Stunde stand sie dort, ohne daß jemand Anstoß daran nahm. Doch in buchstäblich letzter Minute, als sie gerade gehen wollte, bekam sie es doch noch mit der Polizei zu tun. „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen — § 86 StGB“ sei ihr Vergehen, und wenige Monate später flatterte ein Strafbefehl in Höhe von 60 Tagessätzen á 40 DM ins Haus. Martina legte Widerspruch ein.

Die Freie Deutsche Jugend wurde vor über 40 Jahren hier in Westdeutschland verboten, als auf Biegen und Brechen die Wiederaufrüstung der BRD betrieben wurde. Die FDJ hatte mit aller Kraft die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unterstützt. Weil sie nicht in fremde Länder marschieren wollte, marschierte sie von Wohnung zu Wohnung, um so den Willen des Volkes einzuholen. Die Volksbefragung wurde von Adenauer verboten, die FDJ kümmererte sich nicht darum, kurz darauf wurde sie ebenso verboten. In ihrer Einlassung wies Martina auf

diese Rolle der FDJ nach dem Kriege hin und schilderte auch andere Aktionen wie zum Beispiel den Einsatz zur Rettung Helgolands, das den britischen Militärs als Bombenabwurfsziel verkauft worden war. Dem stellte sie gegenüber, wie heute die Jugend als Bundeswehrsoldaten nicht nur in der Türkei eingesetzt werden soll und wie gut uns dagegen heute eine so schlagkräftige Organisation wie die FDJ tun würde. Sie legte klar, daß das Verbot dieser Organisation, seit jeher gegen die Interessen des Volkes, jetzt aber, nach erfolgter Einverleibung der DDR, auch noch der eigenen rechtlichen Grundlage beraubt ist: wurde doch das Verbot unter anderem damit begründet, daß die FDJ in Westdeutschland eine „Tarnorganisation der FDJ in der DDR“ sei.

„Die Freie Deutsche Jugend hat sich in der gesamten BRD eingebürgert, sie ist eine zugelassene Partei, das öffentliche Zeigen des Abzeichens kann nicht wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) verfolgt werden“ so lautete schließlich auch das Urteil des Amtsrichters. Verurteilt wurde aber Martina wegen des sog. Uniformverbots. Soweit Verurteilung erfolgt ist, haben Martina und ihre Rechtsanwältin Gabriele Heinecke die Einlegung von Rechtsmitteln angekündigt. — (Kämpfende Jugend)

## 10 000 bei ÖTV-Kundgebung

**Beschäftigte im Sozial-/Erziehungsdienst sind unzufrieden**

**Stuttgart.** Rund 10000 Beschäftigte konnten die ÖTV für ihre Kundgebung am 23. Februar in Stuttgart aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mobilisieren. Ein Abschluß der Eingruppierungsverhandlungen steht bevor. In den Reden forderten die Beschäftigten eine Höhergruppierung von mindestens zwei BAT-Stufen für alle Berufsgruppen. Der baden-württembergische ÖTV-Vorsitzende Arndt legte sich da nicht so genau fest, er setzte den Schwerpunkt in seiner Rede auf den drohenden „Erziehungsnotstand“.

Im Vorfeld der Kundgebung gab es Auseinandersetzung um die Inhalte der Reden. Es sollte nicht gegen den Krieg gestellt werden, auch nicht gegen das Auflasten der Kriegskosten auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Form von „Sonderopfern“. Die Bezirksleitung wollte aus „Verhandlungstaktik“ dieses Thema meiden und beließ es dann auch dabei, auf die darauffolgende Friedenskundgebung zu verweisen. Allerdings ließen es sich die Rednerinnen nicht nehmen, dies doch zum Thema zu machen.

Zumindest in Baden-Württemberg und Hessen gibt es starke Kritik an ÖTV-Bezirksleitung und Tarifkommission. In einem Frankfurter Flugblatt wird kritisiert, daß schon weit ab von

den ursprünglichen Forderungen verhandelt wird. Höhere Eingruppierung, aber auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden damals gefordert. Nun soll in den Kreisen nach einer „Schmerzgrenze“ gesucht werden, was noch hinnehmbar sei. Diese „Schmerzgrenze“ liegt wohl bei Teilen der Tarifkommission unter zwei BAT-Gruppen. Außerdem wurde bemängelt, daß von der ÖTV zu wenig Aktionen organisiert werden. Insbesondere zu Beginn der 4. Verhandlungsruhne am 25.2. wurde in einigen Bezirken versucht, auf Aktionen am Verhandlungsort in Stuttgart in Form von Warnstreiks zu mobilisieren. Dies wurde in den Kreisen von verantwortlichen Funktionären verhindert. Mannheimer Beschäftigte forderten deshalb zu Verhandlungsbeginn nochmals die Tarifkommission auf, wenigstens Warnstreiks zu ermöglichen.

Allerdings vertritt die ÖTV neuerdings die Rechtsauffassung, daß die Anlage la zum BAT, unter die die Beschäftigten fallen, nicht teilgekündigt werden kann, so daß nur der Sozial- und Erziehungsdienst verhandelt werden kann. Eine Kündigung der gesamten Anlage sei auch nicht möglich, da sonst der Standard anderer Angestellter, die auch unter die Anlage fallen, bedroht sei. Im Herbst wurde noch öffentlich von Streik gesprochen. — (unb)

## Sechs Betroffene des Radikalerlasses eingestellt

**Hannover.** Eine Lehrerin aus Jever und ein Lehrer aus Oldenburg, sowie vier Lehrer, die in ihrer Probezeit entlassen bzw. gar nicht erst eingestellt wurden, weil sie unter der CDU/FDP-Landesregierung wegen Mitgliedschaft in der DKP oder anderen linken Parteien unter den Radikalerlassen fielen, sind seit dem 1.2.91 wieder im niedersächsischen Schuldienst. Von den 111 Lehrern, die von dem Radikalerlassen betroffen waren, haben sich bisher 47 zur Wiedereinstellung gemeldet. Die Wiedereinstellung beruht auf dem Gnadenurteil des Kultusministers. Eine Entschädigung für die Suspensionserhaltung die Lehrer nicht, mit der Begründung, die damals ergangenen Urteile seien zwar politisch fragwürdig gewesen, aber von Unrechtsurteilen könne keine Rede sein. — (bee)

## Tarifabschluß im Ruhrbergbau: Insgesamt etwa 5,2 Prozent

**Essen.** Die Tarifverhandlungen für die 108000 Beschäftigten des Ruhrbergbaus sind abgeschlossen. 4,9 % mehr Lohn und Gehalt, eine Erhöhung der Jahressabschlußvergütung um einheitlich 150 DM und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM, so lautet das Ergebnis. Der Abschluß kann zwar die Verteilung der Lebenshaltung kaum ausgleichen, erst recht nicht die gestiegene Arbeitsleistung. Entsprechend sieht die bürgerliche Presse in seinem „Maß“ ein Vorbild für den Öffentlichen Dienst und die Metall-Industrie. Mit einem Volumen von 5,2 % ist der Abschluß jedoch das höchste Bergbau-Ergebnis seit Jahren. Gefordert hatte die IG Bergbau 8 %. — (wof)

## Gildemeister auf Jagd nach Marktanteilen

**Max-Müller soll saniert werden — „Am Weltmarkt orientiert“**

**Hannover.** Die Stimmen aus der Branche sind weithin optimistisch. Von 1988-1990 hat der westdeutsche Maschinenbau das Produktionsvolumen um 20 % gesteigert. Berücksichtigt man den Marktanteil von 40 %, den die westdeut-

schen Maschinenbaukapitalisten derzeit am osteuropäischen Markt halten, dürfte klar werden, daß die geäußerten Hoffnungen nur durch weitere Zerstörung der dortigen Produktionsstrukturen umgesetzt werden können.

Die westdeutsche Werkzeugmaschinenbranche war mit einem Weltmarktanteil von 22,9 % (62 % der eigenen Produktion) der größte Exporteur. In der Branche hält der Gildemeisterkonzern 16 % des Gesamtmarktanteils in der BRD. Als wesentliches Plus für die kommenden Konkurrenzschlachten schätzt die Konzernleitung die innere Struktur der Produktionsstätten sowie die Produktgestaltung ein. Abgesprochen wird dieses Plus jedoch dem hannoverschen Standort Max-Müller. Die Kritik der Konzernführung reicht von „Führungsschwäche“, „falsche Produktorientierung“ über „fehlende Organisationsmittel“ (EDV-Systeme) bis „die machen ihre Arbeit nicht ordentlich“. Erste angekündigte Maßnahme war die geplante Reduzierung der Belegschaft von 457 auf 362. Im Rahmen der Sanierung soll vor allem die mechanische Fertigung stark reduziert werden, in der bisher circa ein Drittel der gewerblichen Beschäftigten arbeiten. Parallel zu Entlassungen sollen weitestgehend die manuellen Maschinen verschwinden und die CNC-Maschinen stärker ausgelastet werden — einschließlich Samstagarbeit.

Die Konstruktionsbereiche sollen reduziert und zusammengefaßt werden. Neben der Ablehnung der geplanten Entlassungen ist die betriebliche Interessenvertretung vor allem bemüht, auf die weitreichenden Betriebsänderungen Einfluß zu gewinnen, um Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte zu beeinflussen. Die Verhandlung um einen Interessenausgleich erklärte die Geschäftsführung für gescheitert. In dem folgenden Einigungsstellenverfahren konnte der Betriebsrat keine Beschäftigteninteressen in dem Interessenausgleich unterbringen. Den von der Einigungsstelle verabschiedeten Sozialplan will die Geschäftsführung nicht anwenden. Schon in der Verhandlungsphase hat die Personalabteilung begonnen, mit zuerst vor allem älteren Beschäftigten Aufhebungsverträge abzuschließen. Die derzeit etwa zwanzig zeitbefristete Beschäftigten sollen auf keinen Fall übernommen werden. Im zweiten Schub von Aufhebungsverträgen will man sich der Beschäftigten entledigen, die in Zukunft „nicht gebraucht“ werden. Gerade in der hierbei geübten Praxis wird deutlich mit Sentimentalitäten aus der Vergan-

genheit des „Familienbetriebs“ Max-Müller aufgeräumt. Lange Betriebszugehörigkeit schützt vor gar nichts mehr. Eine deutliche Entpersonalisierung ist festzustellen. Somit werden mit Geld und unter Umgehung des Sozialplanes Fakten geschaffen. Fakten bezüglich der Beschäftigtenzahl und der Struktur des Betriebes. Zum Beispiel wird die mechanische Fertigung stark reduziert ohne daß die geplante Arbeitszeitveränderung verhandelt wurde, ohne daß die geplante Einführung eines PPS-Systems konkrete Gestalt angenommen hat und ohne daß die Vorstellungen des Betriebsrates bezüglich einer anderen Arbeitsorganisation überhaupt erörtert wurden. Was im Rahmen dieser „Sanierung“ von den Beschäftigten erwartet wird, macht die Aussage des eingeflohenen Vorstandsmitgliedes auf die Anforderung von Betriebsräten, daß Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Veränderungen gerade auch für ältere Beschäftigte notwendig sind, deutlich: Versuche niemals, einem alten Esel neue Tricks beizubringen.

Quellen: div. Ausgaben des Handelsblattes, Geschäftsbericht Gildemeister AG 1989. — (rog)

## „Werftneuordnung“

**Zwei Drittel weg — Rosinen für die Konzerne**

**Hamburg.** Am 22. Februar teilte die Treuhandanstalt mit, daß sie von der „gründlichen Analyse“ der wirtschaftlichen Situation und vom Unternehmenskonzept der DMS Kenntnis genommen habe. „Entscheidungen hierüber stehen an. Es bestand Einigkeit darüber, daß diese unverzüglich vorzubereiten sind. Aufsichtsrat und Vorstand der DMS könne sich diese Entscheidung nur im Rahmen einer solidarischen Aktion des Bundes, der fünf Küstenländer unter Führung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Treuhandanstalt vorstellen.“ (Hamburger Abendblatt, 23.2.)

Damit nähert sich der Prozeß der Enteignung und Zerschlagung des ehemaligen VEB Kombinats Schiffbau der DDR seinem vorläufigen Höhepunkt. Am 1. Juli war die Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG (DMS) als Holding für die 24 Betriebe des Kombinats mit damals noch 53000 Beschäftigten gegründet worden. Die Treuhandanstalt übergab die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat dem westdeutschen Finanz- und Werftkapital und interessierten westdeutschen Landespolitikern: So sitzen im Aufsichtsrat neben E.v. Hooven (Deutsche Bank) N. Henke (Vorsitzender des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik), B. Wrede (stellv. Vorstandssprecher der größten deutschen Reederei Hapag-Lloyd), Claus Grobecker (Finanzsenator von Bremen, ehemals Vertreter des Bremer Senats im Vulkan-AR), ein Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsministeriums usw. „Operativer Chef“ der DMS ist Dr. Jürgen Krackow, der sich als kapitalistischer Sanierer bereits bei der Stillegung der Bremer Großwerft AG-Weser verdient gemacht hat. Von vornherein waren sich diese Herren einig, daß ein großer Teil der Betriebe und Arbeitsplätze vernichtet werden müsse.

Aufsichtsratsvorsitzender van Hooven: „Selbstverständlich werden wir zunächst versuchen, einen Kern der Werften zu retten. Im übrigen liegt die Chance des einzelnen in Arbeitsplätzen in anderen Branchen in Mecklenburg-Vorpommern.“ (H.A., 10.12.90) In dem gleichen Interview stellt er auch fest, wer die Kosten dieser „Sanierung“ tragen soll: „Anteilseigner ist die Treuhandanstalt und das heißt der Staat, also der Steuerzahler. Für die Anteilseigner möchte ich heute schon erklären: Wir sind das Volk, wir vertreten in diesem Fall die Interessen aller Bürger — die sollen ja die Belastungen tragen, die in die Milliarden gehen.“

Zur Absicherung ihrer Kapazitätsverrichtungsstrategie ließ die DMS Gutachten von drei Unternehmensberatungsfirmen anstellen. In weitgehender Übereinstimmung mit einem Gutachten der Kreiditanstalt für Wiederaufbau wurde festgestellt, daß von den im Februar '91 noch

## VVN protestiert gegen Urteil des Bundessozialgerichtes

**Stuttgart.** Der Bundessprecher der VVN-BdA für Wiedergutmachung und Sozialpolitik, Alfred Hausser, hat sich in einer Presseerklärung gegen ein Urteil gewandt, wonach Frauen, die während des Faschismus emigrierten mußten und im Ausland Kinder geboren haben, keinen Anspruch auf Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung haben: „Diese Entscheidung ... ist ein Hohn auf die staatliche Verpflichtung zur Wiedergutmachung von nationalsozialistischem Unrecht. Wenn das Bundessozialgericht außer Stande ist, der Notsituation, in die Frauen durch staatlichen Terror gelangt sind, Rechnung zu tragen, dann muß der Gesetzgeber handeln. Wir fordern daher die Bundestagsparteien und die Bundesregierung auf, vorhandene gesetzliche Lücken in dem Kindererziehungsleistungsgesetz zu schließen ...“ — (evc)

## Vorzeitige Tariferhöhung bei C. Freudenberg gefordert

**Weinheim.** Die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Leder OV Weinheim forderte von der Firma Freudenberg eine vorfristige Erhöhung der Tarife. „Eine „Abgeltung“ ... durch eine nicht auf den Tarif wirkende Einmalzahlung kann für uns keinesfalls in Frage kommen. Vielmehr müssen die Tarife vorzeitig angehoben werden ... Insbesondere für die niedrigen Lohn- und Gehaltsstufen muß (zum Beispiel durch eine gekoppelte Sockel-Prozent-Forderung) wegen der gerade in diesem Bereich erlittenen Reallohnsenkungen eine überproportionale Einkommenssteigerung vereinbart werden.“ CF hat angekündigt, sie wolle „Solidarität“: Für „gemeinsam zu beaufsichtigende Projekte in den neuen Bundesländern“ solle ein „Teil der Tariferhöhungen ... abgesondert“ werden. Am 26.2. und 6.3. sollen erste Verhandlungen sein. Eine konkrete Forderung aufzustellen wurde bislang durch Hauptstandortvertreter abgelehnt. — (bet)

## Warnstreik bei der Stadt für Erschweriszulage

**Garbsen/Hannover.** Rund 60 Beschäftigte der Stadt Garbsen haben am 5.2. einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt, um die gleichen Erschweriszulagen wie in anderen Kommunen des Landkreises durchzusetzen. Es geht dabei für die Bauhofarbeiter um 165 DM, in der Stadtentwässerung um 238 DM und für Reinigungskräfte um 30 bzw. 50 DM. Die ÖTV-Kreisverwaltung hatte bisher dreimal erfolglos verhandelt: Der Stadtdekan verweigert die Übernahme der Tarifvereinbarung u. a. mit der Begründung, daß ein Drittel der Arbeiter im Bauhof zu hoch eingruppiert sei. Der Verwaltungsausschuß hat sich jedoch für weitere Verhandlungen ausgesprochen. — (chs)

**Köln.** Die Gewerkschaft HBV hat die Forderungen für die Tarifrunde 1991 im Einzelhandel Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Der Tarifvertrag ist zum 31. März gekündigt. Die HBV fordert eine überdurchschnittliche Erhöhung der Löhne und Gehälter von 300 DM. Um die Diskriminierung von Frauenarbeit abzubauen, fordert die HBV die Streichung der untersten Lohngruppen I und IIa. — (anl)



Berlin, 3500 Teilnehmer protestierten am 12.2. gegen die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Anlaß war die drohende Schließung der medizinischen Einrichtung Buch, deren Erhalt der Wissenschaftsrat befürwortet hatte. Nach Auslaufen der Arbeitsverträge stünden die Betroffenen ohne Sozialplan da. Die ÖTV forderte Beschäftigungsgesellschaften und Übernahmen. Prof. Klein sagte, es gäbe nicht im Westen nur Einsteins und im Osten nur Dummköpfe. — (chk)

## Aus Ländern und Gemeinden

### Widerstand gegen Verfolgung von Arabern

Berlin. Nach zwei Durchsuchungen in rund 100 Wohnungen und Verhören bei der politischen Polizei wurden jetzt Verbote nach dem neuen Ausländergesetz verhängt. Mindestens 17 Araber, meist Iraker, untersagte die Ausländerbehörde die politischen Betätigung (AuslG § 37). Verstöße sollen je nach Schwere mit Bußgeldern oder Ausweisung geahndet werden. Die Aufenthaltsgenehmigung wird auf das Land Berlin beschränkt. Zweimal wöchentlich müssen sie sich bei der Polizei melden. Gegen die Maßnahmen entwickelt sich Widerstand. Viele ausländerpolitische Organisationen, gewerkschaftliche und kirchliche Gliederungen, ASten, Professoren und Künstler protestierten in einer Anzeige. Antirassistisches Telefon, SOS-Rassismus u.a. bieten den Betroffenen Beratung und Unterstützung an. Die IGM-Vertreterversammlung wendet sich in einer Resolution gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung arabischer Mitbürger. Die IGM fordert vom Senator des Innern, die angeordneten polizeilichen Maßnahmen zurückzunehmen. — (ard)

### CDU-Landrat für Reduzierung der Anzahl der Stadträte

Garbsen/Hannover. Landrat Wicke, CDU, hat sich vor dem Kreisausschuß der Jungen Union für eine Verkleinerung der Stadt- und Ortsräte ausgesprochen: „Wenn New York und Washington von sieben oder acht Bürgervertretern regiert werden können, dann vermag ich nicht einzuschätzen, warum Sprunge von zwölf Ratsmitgliedern schlechter geführt werden sollte.“ Qualität statt Quantität sei die Devise. Außerdem gäbe es zwei Vorteile: 1. Der Willensbildungssprozeß würde gestrafft und verkürzt und 2. wäre das Personalproblem (Finden von Kandidaten durch die Parteien) gelöst. Wicke befürwortet außerdem eine Änderung der Kommunalverfassung hin zur „Eingleisigkeit“, d.h. Oberstadtdirektor und Bürgermeister in einer Person. — (chs)

### Besetztes Haus beschlagnahmt

Oberhausen. Die Stadtverwaltung Oberhausen beschlagnahmte am 6.2.91 ein Haus, das im Dezember von acht Leuten besetzt worden war, und stellte es ihnen bis zum 15.3. weiter zur Verfügung. Die von der Hausbesitzerin betriebene Räumungsklage war bereits zugesetzt, die Möbelwagen standen vor der Tür. Der Leiter des Ordnungsamtes begründete die Maßnahme damit, daß er die Leute wegen fehlendem Platz nicht in einer Obdachlosenunterkunft unterbringen könne. Die Leute erhielten damit den Status von Obdachlosen. Die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung konnte nach Ansicht der Stadt nicht angewendet werden: „Diese Verordnung zieht nur bei Wohnraum, der ortsüblich zu vergleichen ist. Da fällt nach oben und unten vieles heraus.“ Der Räumungsklage der Hausbesitzerin, die das Haus seit Jahren verfallen läßt, gab erst das Landgericht Essen in zweiter Instanz zustimmung. Auch Vermittlungsversuche des Oberhausener Oberbürgermeisters schlugen fehl, einen Gesprächstermin beim OB nahm die Hausbesitzerin nicht wahr. Die Besetzer wollen einen Mietvertrag abschließen. — (syb)

### Alleingang von Bayern: Besitzelung der PDS

München. Innenminister Stoiber hat mitgeteilt, daß ab sofort die PDS vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Bayern unternehme diesen Alleingang, da es sich abzeichne, daß sich der Bund und die anderen Bundesländer nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen durchringen könnten. Es gebe „zahlreiche und konkrete“ Anhaltspunkte, daß die PDS linksextremistisch ausgerichtet sei. Die PDS erklärte, daß offensichtlich Mitglieder oder Sympatisanten abgeschreckt werden sollen, sie will juristische Schritte prüfen. Der FDP-Rechtsexperte Burkhard Hirsch hat die Überwachung der PDS als „politische Eselei“ und als „verfassungsrechtlich in höchstem Maße bedenklich“ kritisiert. Wenn die CSU so weitermache, werde es Zeit, sie zu überwachen. — (chl)

### Richter und Staatsanwälte demonstrieren gegen Golfkrieg

Hamburg. Auf einen Aufruf der ÖTV hin fand am 15.2. die zweite Demonstration von Richtern und Staatsanwälten für die sofortige Beendigung des Golfkrieges und gegen eine BRD-Beteiligung statt. Der Kundgebungsredner griff die Völkerrechtsverletzungen der Alliierten und den geplanten Verfassungsbruch der BRD an. In dem kleinen Demozug von rund 40 Leuten, der auch schon mal vor roten Ampeln hält, wurden viele Argumente ausgetauscht, warum Widerstand gegen den Krieg und die BRD-Beteiligung gerade auch im Justizapparat dringend nötig ist. Weitere Aktionen sind geplant. — (uga)

### IG Metall fürchtet um Industriestandort Berlin

Berlin. Gestützt auf Angaben von Betriebsräten aus dem Ostteil und dem Westteil Berlins legte die Industriegewerkschaft Metall der Öffentlichkeit Zahlen über die Entwicklung der Beschäftigung in der metallverarbeitenden Industrie vor. Danach waren am 31. Dezember 1989 in Ostberlin noch 160000 beschäftigt. Mit Stand Februar 1991 war diese Zahl hauptsächlich durch Ausgliederungen von Polikliniken, Kindergärten, Kantinen, Ferienheimen etc. auf 118000 reduziert worden. Zum 30. Juni 1991 müssen weitere 47200, das sind 40 Prozent der Beschäftigten, mit ihrer Kündigung rechnen. Dann nämlich läuft der Tarifvertrag einschließlich des vereinbarten Kündigungsschutzes aus. Für Westberlin liegen folgende Zahlen vor: In 34 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie wird unabhängig von der Streichung der Berlinförderung jedem fünften Beschäftigten in 1991 gekündigt. Das sind 4865 Beschäftigte. In der Mehrzahl der Betriebe werten die Betriebsräte diese Zahlen als unterste Grenze. Darüber hinaus rechnen in 35 der befragten 93 Betriebe die Betriebsräte mit Stilllegungen, Teilstilllegungen, Verlagerungen oder Teilverlagerungen bzw. Betriebsaufspaltungen im Zusammenhang mit dem Abbau der Berlinförderung. Mehr oder weniger unverhohlen erwarten die Politiker der regierenden Großen Koalition eine bessere Beschäftigungslage erst nach Zusammenbruch und beim „Wiederaufbau der Sowjetunion“ unter dem Stichwort „Berlin als Ost-West-Drehscheibe.“ — (brr)

Berlin. Mit dem Abschluß der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU, der Senatsbildung und der Regierungserklärung ist der Staatsapparat im 6. neuen Bundesland in Stellung gegangen. „Große Koalitionen sind die Ausnahme. Angesichts der großen Herausforderungen und der finanziellen Notisituation bedarf es ... der Zusammenarbeit der großen Parteien. Eine große Koalition ... ist am ehesten in der Lage, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen und sozial ausgewogene Kürzungen durchzusetzen.“ (Koalitionsvereinbarung). Entsprechend ängstlich gängelt die Vereinbarung über parlamentarische Zusammenarbeit die Regierungsfraktionen, die nicht einmal mehr große Anfragen ohne Absprache mit dem Partner machen dürfen. Ein Koalitionsausschuß wacht über allem und die Fraktionsvorsitzenden werden an Senatsitzungen teilnehmen. Das Parlament ist Anhänger der Regierung.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Angleichung auf dem Westniveau. So die CDU-Wahlwerbung. In der Regierungserklärung liest man es anders: „Deutschland droht eine Zwei-Klassengesellschaft zu werden: mit dem reichen, mächtigen Westen einerseits und dem erheblich ärmeren, einflußlosen Osten — wozu dann leider auch Berlin gezählt werden muß — andererseits.“ „Die Teilung ... kann nur durch Teilen überwunden werden. Um die Bereitschaft zum Teilen ... möchte ich hier alle Berliner in den westlichen Bezirken bitten.“ Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Lötzsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in

# ÖTV befürwortet „Pakt der sozialen Verantwortung“

Erster gesamtdeutscher Gewerkschaftskongress mit unbefriedigendem Ergebnis / Interessen der Delegierten aus dem Osten nicht ausreichend berücksichtigt

Rund 1000 Delegierte, davon ein Drittel aus der ehemaligen DDR, hatten sich auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV am 14./15. Februar in Stuttgart mit Satzungsänderungen sowie Anträgen zur Festlegung der nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben in den „fünf neuen Bundesländern“ zu befassen. Mit dem Motto „wir sind gemeinsam zum Aufhalten des Sozialabbaus verdammt“ und den daraus resultierenden Vorschlägen

ihrer Vorsitzenden nach einem „Pakt der sozialen Verantwortung“ läuft die Gewerkschaftspolitik Gefahr, in den Geruch volksgemeinschaftlicher Positionen zu geraten. Zwar scheint die von Wulf-Mathies geäußerte Bereitschaft, mit finanziellen Solidarbeiträgen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Aufbau der ehemaligen DDR mitzuwirken, nur die Konsequenz dessen zu sein, daß man selbst den schnellen Anschluß der DDR

— trotz der absehbaren Probleme — gefordert hatte. Zusammen mit der auffallend immer schwächer werdenden Kritik der Politik der Bundesregierung und dem Vermeiden deutlicher Forderungen läuft die ÖTV Gefahr, nicht mehr ernstgenommen zu werden. Es darf bezweifelt werden, ob dieser Gewerkschaftstag den Interessen der Ost-Delegierten gerecht wird und ihren Vorschlägen von Demokratie entspricht. — (har. wjw)

Nachdem die Satzungsänderungen, die erforderlich waren, um als gesamtdeutscher Delegiertenkongress tagen zu können, beschlossen waren, eröffnete die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies mit einer rund 75minütigen Grundsatzrede erneut den Kongress. Hauptinhalt ihrer Rede waren Überlegungen, wie die Probleme, die aus der „deutschen Vereinigung“ entstanden sind, insbesondere der drohende finanzielle Zusammenbruch und die Massenarbeitslosigkeit, bewältigt werden könnten: erstes durch einen Solidarbeitrag aller, letzteres u.a. durch ein Beschäftigungsnotprogramm, wozu auch eine Verdopplung der ABM-Maßnahmen gefordert wurde. Zusammenfassend schlug sie einen Pakt der sozialen Verantwortung, eine politische Vereinbarung vor, die „weit über die Möglichkeiten eines Tarifvertrages und die Tarifbewegung eines einzelnen Sektors hinausgeht“. Mit dem DGB trete sie dafür ein, daß — gemeinsam mit Bundesregierung, Ländern und Kommunen sowie Unternehmen — an einem Tisch beraten werden müsse, wie die notwendigen Finanzmittel zum Aufbau insbesondere der Infrastruktur und des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR beigetragen werden könnten. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssten zu einem Solidarbeitrag bereit sein. Bedingung sei allerdings, daß die Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Mittel erhalten.

Die in der folgenden „Aussprache“ ausbleibende Kritik an diesen Äußerungen wertete Wulf-Mathies explizit als Zustimmung zu ihrem Vorschlag, der anschließend in leicht abgeschwächter Form als Initiativantrag 3 vorgelegt und verabschiedet wurde (siehe Dokumentation).

## Satzungsänderungen

Bereits im Oktober 1990 hatte der Beirat die Satzung so geändert, daß auch im Gebiet der ehemaligen DDR Mitglieder aufgenommen werden konnten. Die jetzt vorgenommenen Satzungsänderungen ermöglichen die Nachwahl von Mitglie-

dern aus diesem Gebiet in Hauptvorstand und Beirat.

Nach heftiger Diskussion wurde beschlossen, nicht sofort die „fünf neuen Bundesländer“ Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen als ÖTV-Bezirke in die Satzung aufzunehmen. Unter Ausklammerung des § 22, der den Aufbau und die Kompetenzen der Bezirke regelt, werden dem Hauptvorstand und Beirat die Schaffung von Übergangsregelungen ermöglicht. Ob dies den Interessen der Ost-Delegierten entspricht, die mehrheitlich für diesen Beschuß gestimmt haben, oder ob damit nicht den derzeitigen hauptamtlichen (und zumeist westlichen) Mitarbeitern Zeit zum Aufbau von „Hausmachten“ gegeben wird, wie „hinter vorgehaltener Hand“ gemunkelt wurde, wird sich zeigen müssen.

Daneben wurden aber auch Satzungsänderungen vorgenommen, die Auswirkungen auf die Repräsentanz der Mitglieder in den höchsten Gewerkschaftsorganen haben. Durch Änderung der §§ 24 und 25 wurden die Anzahlzahlen für Beiratsmitglieder und Delegierte neu festgelegt, um „politisch handlungsfähige“ Gremien zu haben. Zum Beispiel wurde die Anzahlzahl für Delegierte von 1:2000 auf 1:2250 heraufgesetzt, das bedeutet gut 10 % weniger Mitgliederrepräsentanz. Nicht angenommen wurde ein Antrag, der dem Hauptvorstand lediglich beratende Stimme zubilligen wollte. Gegenwärtig haben alle Hauptvorstandsmitglieder automatisch ein Mandat, was in der Summe mehr als 10 % ausmacht.

## Interessen der Ostdelegierten

Neben den Anträgen zur Satzung waren die Bereiche Tarifpolitik sowie Sozial- und Gesundheitspolitik eindeutige Schwerpunkte in der Auseinandersetzung. Wie nicht anders zu erwarten, überwogen Anträge der Kreisdelegiertenkonferenzen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, die eine möglichst schnelle Angleichung der Tarife auf allen Ebenen sowie das Eintreten der



Studenten und Beschäftigte demonstrieren gegen die Abwicklung der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Bis heute ist ungeklärt, wie die Studenten ihr bereits begonnenes Studium beenden können.

ÖTV für den Erhalt ihrer sozialen Einrichtungen und Leistungen forderten. Gleichzeitig wurde in den mündlichen Beiträgen die Angst vor drohender Arbeitslosigkeit, aber auch Empörung über Abwicklungs- und Überführungspraxis ausgesprochen.

Dem versuchte der Hauptvorstand seine Position des Machbaren gegenüberzustellen. „Wer heute schwarz wählt, kann morgen nicht erwarten, daß die ÖTV die Kohlen aus dem Feuer holt.“ Mit diesem mittlerweile zum Wortschatz fast aller Funktionäre zählenden Spruch (der nicht nur falsch und dumm ist, sondern eher eine Ausrede für Nichtstun darstellt) sollten die Delegierten von allzu konkreten und weitgehenden Forderungen abgehalten werden. Dies ist dem Hauptvorstand nicht immer gelungen. An einigen Punkten stimmten die Delegierten gegen das Votum der Antragskommission und beschlossen z.B. als Forderung die sofortige hun-

dertprozentige Angleichung der Ausbildungsvergütung. Ebenso setzten sie als gewerkschaftliche Position die Forderung nach Erhalt aller bisherigen Kindertretungsplätze durch.

Der Leitantrag des Hauptvorstandes (B 2: „Den Sozialstaat aufbauen“). Arbeitsgrundlage für die Kreisverwaltungen in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin), der das „Machbare“ auf 20 Seiten umschrieb, war vielfältiger Kritik ausgesetzt. Zum einen wurde kritisiert, daß ganze Beschäftigtengruppen vergessen worden sind (z.B. die bei den Kirchen und Sozialversicherungsträgern) oder wichtige Bereiche keine Erwähnung fanden (z.B. der von der Abwicklung am stärksten betroffene Bereich Wissenschaft und Forschung). Zum anderen wurde der Leitantrag aber auch als hinter die bestehende Beschußlage der ÖTV zurückfallend kritisiert.

Die überwiegende Zahl der Anträge zur Tarifpolitik wurde von den Kreisde-

legiertenkonferenzen aus der ehemaligen DDR gestellt.

## Tarifpolitik umstritten

Neben der Angleichung an das Einkommensniveau der westlichen Bundesländer verlangen sie die Einhaltung tariflicher und arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Die Forderung nach Besitzstandesregelungen, die „eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verhindern“, wurde vom Gewerkschaftstag abgelehnt. Der verabschiedete Antrag C 1 (siehe Dokumentation) verknüpft die laufenden Tarifverhandlungen (West) mit denen zur Angleichung. Dies birgt Gefahren in sich. Während der Antrag eine Verrechnung mit den laufenden und gehabten Eingruppierungsverhandlungen ablehnt, wird gegen andere Spaltungsversuche des Dienstherrn (Verzicht für die Angleichung) nicht eindeutig Stellung bezogen. Veragt (bei relativ vielen Ge-

## Initiativantrag 3

Der außerordentliche Gewerkschaftstag fordert eine vollständige Revision der Haushaltbeschlüsse der Koalition ...

Während in den neuen Bundesländern eine Arbeitsmarktkatastrophe droht, wird in der Koalition noch immer kleinlich über Steuern und Abgaben gefeilscht.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben kein Verständnis für eine Politik, die stets die historische Dimension der deutschen Einheit hervorhebt, bei der Bewältigung der Finanznöte der neuen Bundesländer aber mit Konzeptionslosigkeit und Kleinkarriere zu Werke geht.

... (Er) lehnt die Koalitionsbeschlüsse zum Aufbau der neuen Bundesländer ab. Die Mittel reichen bei weitem nicht aus ... Sie sind darüber hinaus ein Dokument der Hilflosigkeit und der sozialen Kälte. Wenn allein zwei Drittel der bisher vorgesehenen Mittel durch eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und eine Anhebung der Telefongebühren aufgebracht werden sollen, ist das eine Bankrotterklärung für die soziale Gerechtigkeit. Der außerordentliche Gewerkschaftstag verwahrt sich gegen eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben.

Er fordert die Bundesregierung auf, endlich eine Verteilung der Finanzierungslasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorzunehmen.

... Erforderlich ist ein Sofortprogramm zur Sicherung der Beschäftigung, das die dramatisch ansteigenden Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern abbauen hilft und alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualifizierung nutzt.

Der Bund muß kurzfristig die Finanzierung des notwendigen Personalbedarfs durch Zuschüsse sicherstellen. Personalausgaben dürfen keinesfalls über Kreditaufnahmen finanziert werden. Den öffentlichen Diensten der neuen Bundesländer kann nicht zugemutet werden, mit weniger Personal auszukommen als in den alten Bundesländern.

Der Aufbau der neuen Bundesländer ist ohne ein groß angelegtes öffentliches Infrastrukturprogramm nicht zu bewältigen. Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen und deren Übernahme durch private Betreiber lehnt

## Aus Beschlüssen des a.o. Gewerkschaftstages

die Gewerkschaft ÖTV ab, weil sie dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes widerspricht und die Schaffung privater Monopole zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger begünstigt.

Zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen ... müssen Extragevinne der Unternehmen und einigungsbedingte Steuermehrernahmen herangezogen werden.

Der ... Gewerkschaftstag fordert einen Finanzierungsbeitrag der deutschen Industrie, des Handels, der Banken und Versicherungskonzerne, die sich an der deutschen Einheit schon jetzt goldene Nasen verdient haben.

Wir fordern Einsparungen durch ein Verteidigungskonzept, das die Chancen der Abrüstung nutzt, auf den Jäger '90 verzichtet und Mittel zum sozialen Aufbau und zur Flankierung des notwendigen Truppenabbaus freisetzt.

Eine energische Beitreibung der Steuerrückstände, die Unternehmen dem Fiskus schulden, wäre ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Diese Mittel könnten ebenso wie ein Arbeitsmarktbetrag für alle Erwerbstätigen ohne Beitragsbemessungsgrenze und eine Ergänzungsbetrag für Höherverdienende zur Finanzierung der notwendigen Investitionen genutzt werden.

Vermögenssteuer und Gewerbe Kapitalsteuer müssen auch in den neuen Bundesländern erhoben werden. Auf Steuersenkungen für Unternehmen ist zu verzichten.

Eine Erhöhung von Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuer lehnt der außerordentliche Gewerkschaftstag ab, weil sie wiederum insbesondere die Einkommensschwachen belasten würden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft sind bereit, an einer solidarischen Aufbauaktion für die neuen Bundesländer mitzuwirken. Sonderopfer für einzelne Bevölkerungsgruppen oder für den öffentlichen Dienst lehnen wir jedoch ab.

## Antrag C 1

Die Tarifpolitik der ÖTV in den neuen Bundeslä-

dern und Berlin (Ost) hat zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder so zu verbessern, daß das Niveau der „alten“ Bundesländer und Berlin-West erreicht wird.

Die Bedingungen der Manteltarifverträge, insbesondere die Lohn- und Gehaltsstrukturen, sind unverzüglich für die neuen Bundesländer durchzusetzen sowie schnellstmöglich das Einkommensniveau der alten Bundesländer zu erreichen, um die alte gewerkschaftliche Forderung: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ durchzusetzen. Die konkreten Schritte werden mit den jeweiligen Tarifkommissionen beraten.

Dabei ist darauf zu achten, daß Benachteiligungen von Frauen in den Tarifverträgen für das gesamte Bundesgebiet abzubauen sind.

## Initiativantrag 15 zu C 1

Die ÖTV-Mitglieder erwarten im Rahmen der laufenden Lohn- und Gehaltsrunde öffentlicher Dienst einen kräftigen Lohnzuwachs. Der Verhandlungsspielraum ist daher sehr gering.

Der Gewerkschaftstag fordert deshalb gHV und große Tarifkommission auf:

1. Die Voraussetzungen für den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung der Tarifforderungen sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern sind unverzüglich zu schaffen.

2. Eine inhaltliche und zeitliche Koordination der Tarifbewegungen zur Lohn- und Gehaltsangleichung und zur Vergütungserhöhung ist anzustreben.

3. Eine Anrechnung des erreichten Verhandlungsstandes in den Mantel- und Eingruppierungsverhandlungen auf die Lohn- und Gehaltsrunde 1991 ist abzulehnen. Die bisher erzielten Ergebnisse sind, wie angekündigt, zum 1. Januar 1991 in Kraft zu setzen.

## Initiativantrag 39

Der außerordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV gibt zu den soeben abgeschlossenen Tarifverhand-

lungen in der Kranken- und Altenpflege folgende Stellungnahme ab.

1. Es ist für Tarifverhandlungen grundsätzlich notwendig, die Mitglieder in die Tarifverhandlungen einzubringen, sie zu informieren und ihre Position zu den tarifpolitischen Zielen der ÖTV zu berücksichtigen. Bei Verhandlungen ohne Mitgliederinformation und -mobilisierung besteht ansonsten die Gefahr, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik zum verlängerten Arm der durch den Arbeitsmarkt diktierten Tarifinteressen der Arbeitgeber wird.

2. Die tarifvertragliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne ist ein wichtiges Element der tarifpolitischen Konzeption der ÖTV. Dazu gehören z.B. die tarifpolitische Gestaltung familien- und frauengerechter Arbeitszeiten und die tarifliche Regelung von familien- und frauunterstützenden Sozialeinrichtungen der Arbeitgeber.

Die ÖTV wird in Zukunft solche Bereiche einer qualitativen Tarifpolitik intensiver bearbeiten.

## Initiativantrag 43

Der außerordentliche Gewerkschaftstag wendet sich gegen die Verletzung von Arbeitnehmerrechten als Folge des Einigungsvertrages. Er lehnt die automatische Beendigung von Arbeitsverhältnissen ab.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich mit der Problematik der „Warteschleife“ für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR und Ost-Berlins sowie deren Auswirkungen schnellstmöglich zu befassen. Rechtliche und organisatorische Betreuung der betroffenen Mitglieder sind zu gewährleisten.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag begrüßt die Initiative des geschäftsführenden Hauptvorstandes, durch Gutachten die Verfassungswidrigkeit des Einigungsvertrages hinsichtlich der Einschränkung bestehender Arbeitnehmerschutze prüfen zu lassen. Er fordert vom geschäftsführenden Hauptvorstand, gegebenenfalls unverzüglich das Einbringen einer Verfassungsbeschwerde zu veranlassen. Dazu sollen alle prozeßrechtlichen Möglichkeiten einbezogen werden.

bestimmen) wurde der Antrag C 11, der eine tarifpolitische Konzeption des Hauptvorstandes forderte. Diese sollte neben einer zentralen Tarifpolitik für die Bundesrepublik zur Vereinbarung von (Mindest-)Arbeitsbedingungen gewerkschaftliche Regelungskompetenzen auf der bezirklichen, örtlichen und betrieblichen Ebene vorsehen". Obwohl die Antragsteller in diesem Antrag eine Bekräftigung des Beschlusses 239 vom letzten Gewerkschaftstag sahen, wurde er an den nächsten verwiesen. Hier scheint sich eine grundsätzliche Auseinandersetzung um zentrale/dezentrale Tarifpolitik und damit auch um die Verteilung von „Macht“ anzubauen.

Heftige Kritik mußte der Tarifsekretär des gHV (Willi Hanss) für seinen Abschluß in den Kranken- und Altenpflegeunternehmen. Dieser sei ausschließlich im Interesse des öffentlichen Arbeitgebers (s. Dokumentation).

#### Golfkrieg

Besonders äußerlich ist das Ergebnis des Gewerkschaftstages zum Thema Golfkrieg. Mit dem Initiativantrag 1 des Hauptvorstandes, dem nun zum Teil eng bedruckte Seiten als Anlage mit zur Beschußfassung zugeordnet waren, wurden alle weiteren Initiativanträge als erledigt oder als Material eingestuft. Dabei enthielt der beschlossene Antrag keinerlei Kritik am Vorgehen der alliierten Streitkräfte, keine Stellungnahme zur Entsendung von Bundeswehrsoldaten in die Türkei oder gegen die geplante Grundgesetzänderung (teilweise geschah dies in den genannten Anhängen). Stattdessen werden die Beschlüsse der UNO unterstützt und die direkte Einmischung der BRD und der EG gefordert.

Aufgrund anderer Initiativanträge war jedoch klar, daß die Delegierten weitergehendere Positionen und Forderungen vertreten. Mit zur Annahme empfohlen wurden deshalb Forderungen nach „Verwirklichung der grundlegenden Menschenrechte für die Palästinenser“ inklusive des Rechts auf Bildung eines

eigenen Staates, „Rückzug der Staaten, die fremdes Gebiet widerrechtlich besetzt halten, auf ihre Staatsgrenzen“, „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden durch den Irak und alle anderen Staaten, in denen kurdische Minderheiten leben“.

Die derzeit stattfindende Diskussion im Gesundheitswesen (siehe folgenden Artikel) wird sich nicht auf eine Unterstützung des geschäftsführenden Hauptvorstandes stützen können. Wulf-Mathies wandte sich ausdrücklich gegen die Position, wie sie in der Kampagne „Wir werden nicht helfen können“ vertreten wird. „Gestrichen“ wurden auch alle sonstigen Forderungen und Auflastungen, die in irgendeiner Form aktives Handeln der ÖTV erfordert hätten. Dies betrifft z. B. den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung oder die Forderung nach Gewährung von politischer, moralischer und rechtlicher Hilfe für Betroffene.

#### Gewerkschaftskultur?

Der Gewerkschaftstag endete am 15.2. nachmittags abrupt. Ein Großteil der Anträge wurde zur Behandlung an Hauptvorstand und Beirat überwiesen. Nicht nur diese Tatsache rief Unzufriedenheit bei vielen Delegierten hervor. Der ganze Ablauf des Kongresses wurde wiederholt umgeworfen, die meisten Initiativanträge wurden so spät verteilt, daß sie kaum gelesen werden konnten. Dazu kam der ständige Zeitdruck, der zu Anträgen auf Schluß der Debatte bzw. Redeliste führte. Dies erschwerte und behinderte die Diskussion, gerade auch zu den eingangs erwähnten Positionen von Wulf-Mathies. Aber auch die Diskussion zum Thema Golfkrieg wurde aus Zeitgründen nach vier Wortmeldungen (davon zweimal Wulf-Mathies) beendet.

Zum Thema „Vergangenheitsbewältigung“ (FDGB, Stasi, PDS) werden wir zu einem späteren Zeitpunkt eingehen.

Quellen: „Handelsblatt“, 15.2.1991; Antragsmaterial des a. o. Gewerkschaftstages

## Krankenhäuser: Mit „humanitären“ Argumenten Indienstnahme für die Aggression am Golf?

Aus verschiedenen Bundesländern werden organisatorische Maßnahmen berichtet, um die Krankenhäuser auf die Aufnahme verwundeter US- (und ggf. Bundeswehr-) Soldaten vorzubereiten. So meldete die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ am 25.1.91, daß die Bezirksregierung die Krankenhaussträger der Stadt und des Landkreises aufgefordert habe, für diesen Fall Betten vorzuhalten. Nach Aussage der Sprecherin der Bezirksregierung geht dieser Brief auf eine „vertrauliche Anregung“ aus dem Bundesinnenministerium zurück.

In Rheinland-Pfalz ist ein Leitkonsort der Berufsfeuerwehr Kaiserslautern bereits auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein im Einsatz, der über das aktuelle Verzeichnis freier Kapazitäten in zivilen Kliniken verfügt. In Bayern ist eine Koordinierungsgruppe „Golf“ gebildet worden, in der vier Ministerien, die Bundeswehr sowie die für die Verbindung zu den US-Streitkräften zuständigen Vertreter der Staatskanzlei mitwirken. Inzwischen soll sich mehr als die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser zur Verwundetenaufnahme bereit erklärt haben.

Teilweise versuchen Krankenhaussträger und Klinikleitungen, die Beschäftigten direkt in Überwachungsworhaben des US-Militärs einzubinden. Im Städtischen Klinikum Karlsruhe wurde ein Rundschreiben an alle Stationen verteilt, in dem die Beschäftigten auf zu erwartende Selbstmordversuche von Angehörigen in den Golf verschickter Soldaten vorbereitet werden: „Dabei handelt es sich überwiegend um Ehefrauen, die eine Rückkehr ihrer Männer nach Karlsruhe erreichen wollen.“ In derartigen Fällen sollen die Ärzte und Pflegekräfte nicht, wie sonst üblich, die Angehörigen der Suizidpatienten verständigen, sondern den „Sozialdienst“ der amerikanischen Armee — eine direkte Einbindung der Krankenhausbeschäftigte in die geheimdienstliche Überwachung von Widerstand leistenden Angehörigen der US-Soldaten.

In zahlreichen Erklärungen, Unterschriftensammlungen, Zeitungsanzeigen haben sich Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen ihre Verplanung im militärischen Apparat gewandt und in der Öffentlichkeit Unterstützung gesucht (s. nebenstehende Dokumentation). Gegen die Demagogie der Reaktion, die die Ärzte und Pfleger mit Hinweis auf ihre „humanitären Pflichten“ erpressen und zur Soldatenversorgung zwingen will, setzen sich gerade diejenigen zur Wehr, die seit langem gegen die Bettens- und Personalkürzungen in den Krankenhäusern Widerstand leisten. Die Selektion von Patienten, die angesichts des Bettentgangs schon jetzt häufig zu treffende Auswahl, welcher

Kranke vordringlich zu behandeln sei, würde ungeahnte Ausmaße annehmen und die Beschäftigten in unerträgliche Gewissenskonflikte stellen.

Die Verantwortlichen reagieren auf die Proteste teils mit Ausflügen, teils mit Drohungen. So teilte die Verwaltungsdirektion der Universitätsklinik Frankfurt dem Personalrat mit, sie habe von Beginn der Golfkrise an erklärt, daß eine Versorgung von Kriegsverwundeten nicht möglich sei, weil schon jetzt die Patientenversorgung kaum gewährleistet sei. Als einzelne Abteilungsleiter mit US-Militärärzten „Besichtigungen“ ihrer Stationen vornahmen, wurde ihnen dies von der Dienststellenleitung untersagt. Aber, so die Klinikverwaltung weiter, wenn der „Bündnisfall“ eintrete, sei nicht mehr sie, sondern das Land Hessen für die Patientenaufnahme verantwortlich, und die Landesregierung könnte dann die Klinik zur Verwundetenversorgung zwingen. Deshalb wohl hat sie bereits Anfang Januar die Listen mit privaten Telefonnummern der Ärzte und Pfleger aktualisiert — Vorbereitungen für den „Katastrophenfall“.

An anderen Krankenhäusern wird der Widerstand der Beschäftigten offen bedroht. In Karlsruhe mußten die Lehrer der Krankenpflegeschule auf persönliche Anordnung des Verwaltungsdirektors in allen Klassen ein Schreiben verlesen, in dem den Schülern jegliche politische Äußerung im Klinikum oder in dessen Nähe, ob mündlich, schriftlich oder durch Button-Tragen, untersagt wurde. Im Falle der Zu widerhandlung hätten sie mit Abmahnung und Kündigung zu rechnen. Der ärztliche Direktor der Universitätsklinik Freiburg verwies in einem Schreiben an den Personalrat auf den hippokratischen Eid — ebenfalls eine deutliche Kündigungsdrohung für sich verweigernde Ärzte (s. Dok.).

Die Reaktion benutzt bestimmte Schwächen und mißverständliche Formulierungen in den Protestresolutionen, die bisweilen die Form individueller Verweigerungserklärungen annehmen. Die Diskussion wird auf die Frage abgebogen: „Wenn die Verwundeten da sind — behandelt ihr sie oder nicht?“ Den Beschäftigten soll Liebäugeln mit unmenschlichem Verhalten unterstellt werden, um so ihre Kritik an unmenschlichen Verhältnissen zu ersticken, die ein humanes Verhalten gar nicht mehr zulassen würden, weil jede Entscheidung für die Behandlung ein mehr oder weniger sicherer Todesurteil für einen anderen wäre.

Gerade das Freiburger Beispiel zeigt, daß ein möglicher Katastropheneinsatz der Krankenhäuser offensichtlich einige Verantwortlichen zupäß kommt, um neue Maßstäbe zu setzen. Der gleiche Prof. Gerok, der den Brief an den Perso-

nalrat unterzeichnete, hatte bereits im September 1986 in seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Therapiewoche erklärt: „Ein Tag auf der Intensivstation kostet derzeit 2000 DM. Dies entspricht dem Netto-Monateinkommen eines Facharbeiters. Für den monatären Aufwand einer Intensivtherapie über drei Monate müßte dieser Facharbeiter 7,5 Jahre arbeiten. Diese Zahlen sprechen für sich...“ Prof. Gerok ist also sozusagen ein Spezialist in Sachen ärztlicher Behandlungspflicht und hipokratischem Eid, und er sähe es wohl nicht ungern, wenn er einmal die „Leistungsfähigkeit“ seiner Klinik in puncto Patientenselektion — als kleines Praktikum in „medizinischer Ethik“ — unter Beweis stellen könnte.

Quellenhinweis: Informationsdienst Gesundheitspolitik 3—5/91

#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zölpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel. 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658. Datentelefon: 0221/24 69 15. Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötz; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küstler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

#### Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1-DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen: GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninstr. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zölpicher Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM Jahresabo: 52 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gelangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zölpicher Str. 7, 5000 Köln 1

#### Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- o im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- o im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- o Zahle nach Rechnungserhalt.

o Banksinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) Unterschrift: .....

Einenden an: GNN, Zölpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

591

## Dokumentiert: Auseinandersetzungen in Freiburg

### Anfrage des Personalrats an den Klinikumsvorstand

Sofort am Mittwoch, 16.1.1991, richtete der Personalrat der Uniklinik Freiburg eine Anfrage an den Klinikumsvorstand, die nachrichtlich allen Beschäftigten der Uniklinik, dem Hauptpersonalrat der ÖTV und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zur Kenntnis gegeben wurde.

*Beitrag: Einbeziehung der Uni-Klinik Freiburg in den Golfkrieg*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Golfkrieg und Krieg verunsichern auch die Beschäftigten unserer Klinik. Täglich erreichen den Personalrat Anrufe von besorgten KollegInnen ... immer wieder wird dabei auf folgenden Umstand hingewiesen: im Rahmen der militärischen Nato-Strategie sowie des bilateralen Vertrages „Wartime host nation support“ wird die BRD verpflichtet, beim Eintritt der USA in einen Krieg alle zivilen Einrichtungen zur Versorgung der Truppen und zur Beschaffung von Nachschub zur Verfügung zu stellen.

Hierin einbezogen sind auch die Krankenhäuser der Bundesrepublik Deutschland ... Dabei geht es nicht darum, sich der menschlichen Pflicht, Kranken und Verletzten helfen zu müssen, zu entziehen, im Gegenteil: Wir sind sicher, daß die Beschäftigten der Klinik bereit wären, die Opfer des Krieges, verletzte Zivilisten, alte Menschen, Frauen und Kinder gleich welcher Staatszugehörigkeit aus dem Kriegsgebiet aufzunehmen und mit einem hohen Maß an persönlichem Einsatz zu versorgen und zu pfle-

gen. Wir fordern den Klinikumsvorstand auf, gegenüber den politisch Verantwortlichen unmissverständlich klar

zu machen, daß die Uni-Klinik Freiburg für Aufgaben im Rahmen der militärischen Nato-Vereinbarungen nicht zur Verfügung steht. Wir fordern den Klinikumsvorstand auf, gegenüber den Beschäftigten des Klinikums zu erklären, daß diese in ihrer täglichen Arbeit nicht befürchten müssen, zu militärisch motivierten Aufgaben im Rahmen eines Golfkrieges herangezogen zu werden. Wir bitten Sie darum, uns eine Antwort zu schicken.“

### Appell von Beschäftigten im Gesundheitswesen

#### Wir werden nicht helfen können!

Im Rahmen der militärischen Nato-Strategie sowie des bilateralen Vertrages „Wartime host nation support“ wird die BRD verpflichtet, beim Eintritt der USA in einen Krieg alle zivilen Einrichtungen zur Versorgung der Truppen und zur Beschaffung von Nachschub zur Verfügung zu stellen. Hierin einbezogen sind auch die Krankenhäuser der BRD. Damit würden alle Beschäftigten im Gesundheitswesen zwangsläufig zu einem Rädchen im Kalkül kriegsführender Militärs. Wir wollen nicht als TeilnehmerInnen in einen Krieg hineingezogen werden. Die Bevölkerung der BRD wäre unmittelbar betroffen, weil Patienten frühzeitig aus den Krankenhäusern entlassen und nicht mehr versorgt würden, um verwundeten Soldaten Platz zu machen. Geplante Eingriffe (z. B. in der

Herzchirurgie) wären nicht mehr möglich. Menschen würden nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der medizinischen Notwendigkeit behandelt. Dies ist mit unserem Gewissen nicht vereinbar. Wir lehnen eine Auslese von Patienten unter militärtaktischen Gesichtspunkten ab.

Wir wehren uns gegen einen Mißbrauch des Gesundheitswesens zur Unterstützung des Krieges. Wir fordern alle Träger und Beschäftigten von Einrichtungen im Gesundheitswesen auf, sich dieser Militärstrategie zu verweigern.

*Diesem Appell haben sich innerhalb von 24 Stunden die nachstehenden nahezu 700 Menschen, überwiegend Beschäftigte der Freiburger Uni-Klinik, angegeschlossen. Die Unterschriftensammlung wird fortgeführt.*

(folgen mehrere hundert Namen und Bezeichnungen)

### Antwort des Klinikumsvorstandes auf die Anfrage des Personalrats

Sehr geehrte Damen und Herren, nach dem Landeskrankenhausgesetz ist das Universitätsklinikum im Rahmen seiner Aufgabenstellung und Leistungsfähigkeit zur Aufnahme und Versorgung solcher Menschen verpflichtet, die einer stationären Aufnahme bedürfen. Dabei ist eine unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres Geschlechts nicht statthaft. Für eine Erklärung des Klinikumsvorstandes, daß das Universitätsklinikum für Aufgaben im Rahmen der Nato-

Bündnisvereinbarung nicht zur Verfügung steht, ist

# Welcome to the Sunshine-City

Eindrücke einer Reise ins Land der unbegrenzten Gegensätze

Viel Abwechslung gibt es nicht in Pauls Job. Auch ist er mit knapp sechs Dollar die Stunde nicht gerade gut bezahlt, die Arbeitszeiten — im ewig gleichen Rhythmus zwei abwechselnder Tagesschichten einschließlich der Samstage und Sonntage — sind denkbar ungünstig für jemanden mit 90 Minuten Anfahrtsweg, und die Arbeit selbst ist langweilig und anstrengend zugleich. Von seinem Lohn, von dem ihm nach Abzügen nicht einmal 200 Dollar in der Woche bleiben, hat er darüber hinaus „stets saubere und einwandfreie“ Kleidung zu finanzieren und natürlich heißt auch für ihn die Lösung „Hired and fired“ (angeheuert und gefeuert). Zum Beispiel, wenn sich einer seiner Fahrgäste über ihn beschweren sollte. (Einen seiner Kollegen hat es wenige Wochen zuvor erwischt.) Doch, objektiv gesehen, hat Paul, der mit einem Shuttlebus Fluggäste zwischen den verschiedenen Terminals des New Yorker Kennedy Airport und der rund einen Kilometer entfernten Station eines

Maß öffentlicher Wohlfahrt schon jene „vorletzte Station“ der Obdachlosigkeit und des Hungers (nicht mehr) enthält. Ein Wagen der Heilsarmee verteilt heiße Suppe an die etwa 150 bis 200 in Zelten, Pappkartothüten und unter Deckenbergen hausenden Menschen, unter denen wir viele Kinder sehen. Auch hier überwiegen bei weitem Schwarze. „Wie alle anderen amerikanischen Großstädte auch“, lasen wir, trägt die Stadt der 100 000 Hotelzimmer und der mehr als eine Million Wohlfahrtsempfänger/innen „schwer unter ihren Soziallasten, aber sie lernte, mit dieser Krise zu leben“. Am St. Marks Place besteht diese Umschreibung der Verwaltung von Elend aus zwei Cops, die ihre Posten neben den Parktoiletten bezogen haben. Wen sie von wem fernhalten oder „schützen“, ist unklar. Als es im Sommer 1988 hier, im ehemaligen jüdischen Ghetto, wo sich in den letzten zehn Jahren westlich und nördlich des Tompkins Square, zwischen der 9. und 11. Straße East eine häufig auch

klass beliebten „Slummings“, Ausflugsfahrten für den wohligen Schauer, haben sich verändert. Heute finden die bis zu vierstündigen soziologischen Zoo-Besuche in's „Land der Armen“, wie sie schon ein 1939er Reiseführer dem New York Besucher wärmstens empfahl, nur mehr als organisierter Bustrip mit (meist schwarzem) Fremdenführer ohne Stop und bei geschlossenen Fenstern statt. Das Wissen um die Aidsstatistik, nach der die Fixer in Harlem längst die Homosexuellen aus dem Künstlerviertel Greenwich Village überrundet haben, der hautnahe, nur durch 10mm Glas getrennte Dschungel der aus den Medien bekannten „Banden und Drogenhändler“, der Einblick in die Welt, in der 40 Prozent der Kinder ohne Vater aufwachsen, die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch ist wie in anderen Stadtteilen und aus der so viele Männer im Gefängnis stecken, daß ein Busunternehmer Tagesfahrten zu der Strafanstalt des Landes unter dem Motto „Visit a Loved One“ inserieren konnte,

(2) Zwischen Ihnen und den im Norden der Bronx residierenden UNO-Botschaftern, Anwälten und Ärzten wachen nicht nur die 250 Polizisten des 46. Polizeibezirks darüber, daß das aus Verelendung entstehende Krebsgeschwür des Verbrechens, des Aufbegehrens oder gar Aufstandes sich nicht bis zu deren Glaspalästen und efeuüberwucherten Villen fräßt.

## „War on crime“

Deutschlands Fresspapst und Vorkoste derer, die vor Sattheit nicht mehr wissen, was sie essen sollen, klagte — von einem New Yorker Taxifahrer angeblich über's Ohr gehauen — in der „Zeit“ öffentlich, „daß (selbst) in Manhattan der einigermaßen gefahrlöse Bezirk nicht größer als ein Handtuch“ sei. Die meisten gutschwerten New Yorker, die für ihren Autostellplatz während der Bürozeiten in einer Parkgarage in New Yorks Down- oder Midtown jährlich mehr ausgeben als 32 Prozent der Schwarzen Amerikaner jährlich verdienen, teilen diese Mei-

grundeligt. Weder mit der Armut, der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit, den Krankheiten (in den schwarzen Communities) oder der Hoffnungslosigkeit haben die Programme „für soziale Stabilität“ etwas zu tun. (3) In den Gefängnissen der 90er Jahre ist nicht einmal mehr verbal Platz für Ausbildungs-, Rehabilitations- und Erziehungsprogramme, die Gelder (44 Billionen Dollar jährlich) werden in die Planung und den Bau von Maximum-Security-Gefängnissen gesteckt. Die nahezu nur noch von Unterprievileged besuchten öffentlichen Schulen (Public Schools) — 70 Prozent davon sind Schwarze oder „Latinos“, jeder zweite Schüler stammt aus einem Elternhaus, dessen Einkommen unter dem amtlichen Existenzminimum liegt — werden dafür sich selbst überlassen. Die New York Times berichtete von Lehrern, die „selbst kaum lesen können“, weniger als ihre Kollegen von der Müllabfuhr und knapp die Hälfte des Gehalts eines Polizisten verdienen. Jeder zweite der über eine Million Schüler/innen öffentlicher Lehranstalten erreicht selbst minimale Lernziele nicht.

Trotzdem vertraut, wer wirklich etwas zu schützen hat, — Banken, Warenhäuser, Supermärkte, Luxusgeschäfte und die Appartementhäuser der oberen Schichten — der Polizei wenig. Armeen privater Security Guards (aus privaten Wachunternehmen mit mehr als 100 000 Bediensteten) sind längst unentbehrlicher Bestandteil der Aufrechterhaltung des American Way of Life.

## „Melting-pot N.Y.“?

Wer es nicht für ein Zeichen der Aufhebung sozialer Widersprüche hält, daß der abgebrannte „Penner“ sein Nachtquartier unbeküllt auf den Heizungsgittern der noblen Chase Manhattan Bank beziehen darf, für den hat das Märchen über New York als „Schmelzkiegel“ von Rassen und Völkern soviel mit der Wahrheit zu tun wie die „United colors of Benneton“-Reklamen mit der Abschaffung der Rassendiskriminierung. Die Ein- und Aufteilung ist säuberlich und in ihrer Rang- und Reihenfolge unumstößlich als ehernes Gesetz der sozialen Wertordnung: Schwarze in Harlem, in der South Bronx, in Brooklyn. Haitianer/innen in der Gegend der Amsterdam Avenue, Puertoicaner/innen in der South Bronx, im Spanish Harlem oder in Brooklyn usw. Und wenn es sich ändert, ändert es sich auf eine Weise, die nichts verändert. So wie in der South Bronx, die einmal ein „solides Stadtviertel“ war, bevölkert hauptsächlich von Juden des unteren Mittelstandes. Die Invasion von Puertoicaner/innen — auf der Flucht vor der durch die amerikanische Kolonialisierung produzierten Arbeits- und Hoffnungslosigkeit in ihrer Heimat — schuf zunächst ein überquellendes Spanish Harlem und „vertrieb“ dann den jüdischen Mittelstand, der entsetzt aus der südlichen in die nördliche Bronx, und 10 Jahre später, als das Elend ihn eingeholt hatte, auch von dort floh. Das neue puertoianische Ghetto war geboren und teilte mit den Schwarzen alle Probleme, die in diesem Land traditionell das Los der nichtweißen Minderheiten sind. (4) Eine Verbindung oder gar „Verschmelzung“ zwischen ihnen und den Lebensräumen der weißen Mittel- und Oberschicht gibt es nicht, nicht einmal mit jenem — in New York schneller als irgendwoanders wachsenden — schwarzen Mittelstand und schwarzen Bildungsbürgertum, das sich die Eintrittskarte in die weiße Welt der Garden States von Westchester County, New Jersey, Long Island oder wenigstens in das Viertel der „Kleine-Leute-Häuser“ von Forest Hills in Queens verdient hat. Ein

schwarzer Organisationspolitiker bekannter einem amerikanischen Journalisten gegenüber, me in seinem Leben in einem Slum gewesen zu sein. Einer der Pläne der Stadtverwaltung, Angehöre der schwarzen Mittelschicht mehr und mehr an Harlem zu binden und dem Viertel dadurch „ein stabiles Rückgrat“ zu verleihen, scheiterten. Wo Klassen und Rassentrennung die gesellschaftliche Realität bestimmen „verbinden“ allenfalls die Straßen die Gegensätzlichkeit der Welten zwischen Luxus und Slum. Fifth Avenue, die in einer Gegend kleiner Händler und Ladenbesitzer beginnt und an deren Mittelstrecke die teuersten Geschäfte und Wohnungen der Welt liegen, verläuft sich an ihrem nördlichen Ende in den Elendsquartieren von Harlem.

„Welcome to the Sunshine City“ grinste unser Shuttelfahrer Paul, als wir uns von ihm verabschiedeten. Der Himmel war grau und wolkenverhangen und das „City“ klang wie „shitty“ — (ms)

## Anmerkungen:

(1) Die durchschnittliche schwarze amerikanische Familie verfügt über ein Jahreseinkommen von genau 54 Prozent dem einer weißen Durchschnittsfamilie. Etwa 10 Prozent der weißen, aber 32 Prozent der schwarzen Bevölkerung leben unter der amtlichen Armutsgrenze. Eine Regierungsstudie geht davon aus, daß im Jahr 2000 etwa 70 Prozent aller schwarzen Männer arbeitslos sein werden. Die umfangreiche Untersuchung über rassische Diskriminierung am Arbeitsplatz, die jemals in den USA durchgeführt wurde, ergab, daß zwei Drittel aller Schwarzen, Hispano-Amerikaner und Indianer keine angemessene Arbeit finden. Nicht, weil ihnen die Ausbildung oder die Fähigkeiten dazu fehlen, sondern weil sie rassistisch diskriminiert werden. In den Slums der Städte (die Untersuchung wurde in 123 Städten, 50 Staaten und 60 großen Industriebetrieben mit insgesamt 26 Millionen Beschäftigten durchgeführt) war fast jeder Einzelne, der einer Minderheit angehörte, davon betroffen. Die Gefangenenzahlen ergänzen dieses Bild: Wenn die derzeitigen Zuwachsrate anhalten, werden innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Million Menschen in US-Gefängnissen sitzen, die Hälfte davon Schwarze, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur etwa 12 Prozent beträgt. Ein Schwarzer Mensch geht derzeit statistisch achtmal häufiger ins Gefängnis als ein weißer. Von jeweils vier Schwarzen wird einer während seines Lebens eine Gefängnisstrafe verbüßen.

(2) Zu den Lebensbedingungen in den Slums stellte die Menschenrechtskommission schon 1959 fest: „Würde man die Bevölkerungsdichte in einigen der verfallenen Harlemer Blocks auf Gesamt-New York übertragen, könnte die gesamte Bevölkerung der USA in drei New Yorker Stadtvierteln untergebracht werden“.

(3) Eine Analyse des bekannten US Kriminologen William Nagel über das Hochschnellen der Gefangenenzahlen ergab, daß es keinen Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsrate und den Gefangenenzahlen und ebenso wenig einen Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsrate und der Anzahl inhaftierter Schwarzer gibt, sehr wohl aber eine auffällige Verhältnismäßigkeit zwischen der Gefangenenzrate und dem jeweiligen Bevölkerungsanteil Schwarzer. Auch die Zahl der inhaftierten Frauen ist innerhalb der letzten zehn Jahren sprunghaft — um 138 Prozent — gestiegen. Wie bei Männern befinden sich weit überdurchschnittlich viele Schwarze und „Latinos“ darunter, zwei Drittel davon unter 35 Jahren alt. 90 Prozent alleinstehende Mütter, davon 85 Prozent mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2000 Dollar bis zu ihrer Inhaftierung.

(4) Die noch von Präsident Johnson eingesetzte Kerner-Kommission kam zu dem Ergebnis, die USA entwickelten sich in Richtung auf zwei voneinander vollkommen getrennte Gesellschaften: Eine schwarze und eine weiße. Ein Mitglied der Kommission forderte die „räumliche Dekonzentration“, diese Entwicklung. Mit anderen Worten: Die Massen der Armen und Farbigen zu den Zentren in den Peripherien — und damit in leichter management- und kontrollierbare Sektoren — zu verlegen; die Ergebnisse sind heute in den großen Städten der USA zu beobachten: in den schwarzen Siedlungen und Dörfern, ohne jede Fundament einer sozialen Infrastruktur, ohne Schulen, ohne Feuerwehren, teilweise ohne gepflasterte Straßen.



internationalen Mietwagengiganten hin und her befördert, wirklich verdammtes Glück gehabt. Denn er ist Schwarzer. Und fast die Hälfte aller jungen Schwarzen ist gegenwärtig in der 7 1/2 Millionenstadt New York ganz ohne Arbeit, weit mehr als ein Viertel der schwarzen New Yorker/innen lebt — gegenüber etwa 10 Prozent der Weißen — von öffentlicher Wohlfahrt; und das heißt für die überwiegende Mehrzahl von ihnen: Ein Leben auf der Straße. Was allerdings absolut noch nicht das Schlechteste ist. Denn die letzte Station ist — für jede(n) vierte(n) Schwarze(n) in den USA — das Gefängnis. Und es sind, als Spiegelung ihrer Lebensbedingungen, in erster Linie die „Habennichtse“, die die Gefängnisse füllen. (1)

**„Don't walk in the park after dark“**  
Die Kunstaustellung Politischer Gefangener aus dem schwarzen, weißen, indischen und puertoricanischen Widerstand, die wir besuchten, befand sich östlich.

### „A poor man's land“

„Take the A Train“ riet Duke Ellington in fröhlichen Synchronen, als er mit seinem Orchester in den 30er Jahren im Harlemer Cotton Club allabendlich auch eine Menge Weiße aus den besseren Vierteln in die Uptown zog. Die U-Bahn Linie A gibt es noch immer, doch heute fährt keiner mehr zum Vergnügen nach Harlem. „Explodiert“: 1935, 1943 und 1964, einige Jahre darauf flammten in mehr als 120 Städten der USA die Feuer des schwarzen Widerstandes auf. So gesehen ist Harlem überall, wo Schwarze leben, auch in New York, in den Stadtteilen Brooklyn oder der South Bronx, wo neben Schwarzen vor allem Puertoicaner/innen zusammengeprägt sind.

sind noch immer gut für den Reiz des Exotischen, bevor man zurückkehrt in die eigene Welt, die für manche nur eine Viertelstunde entfernt beginnt. Wer mit der U-Bahn die in direkter Nachbarschaft Harlems gelegene Columbia University ansteuert, wird auf Schildern gemahnt, den rechten Zug zu nehmen, um nicht unvermutet in Harlem zu landen. Solcher Irrtum soll ja schon manchen die Brieftasche, wenn nicht Schlimmeres gekostet haben. Man weiß schließlich: Rund 2000 Gewaltverbrechen werden in New York täglich (nach der Statistik von 1989) begangen, eine Viertelmillion Rauschgiftsüchtige und an die 70000 (geschätzten) Obdachlose machen die Straßen unsicher. Hinzu kommt die erst recht bedrohliche Tatsache, daß immer mehr Schwarze Buchhandlungen, Selbsthilfekomitees, Black Lawyer-Büros die Zeichen eines neuen und steigenden Bewußtseins verkünden, das die weiße Unterdrückung direkt für das eigene Elend verantwortlich macht. Dreimal schon ist Harlem „explodiert“: 1935, 1943 und 1964, einige Jahre darauf flammten in mehr als 120 Städten der USA die Feuer des schwarzen Widerstandes auf. So gesehen ist Harlem überall, wo Schwarze leben, auch in New York, in den Stadtteilen Brooklyn oder der South Bronx, wo neben Schwarzen vor allem Puertoicaner/innen zusammengeprägt sind.

**„Don't walk in the park after dark“**  
Wer sich — wie wir vollendet Realitäten wegen am besten an einem kalten Wintertag — gegen 18 Uhr in die Gegend St. Marks Place/Tompkins Square Park/East 9th Street — zwischen Avenue A und B in der Lower East Side — begibt und wenigstens für kurze Zeit den jedem Reisenden mit auf den Weg gegebenen Rat vergessen kann, um Himmelswillen keinesfalls nach Einbruch der Dunkelheit durch einen New Yorker Park zu gehen, dem erschließt sich in unverhohler Direktheit, welches